



Wortprotokoll der 13. Sitzung

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 9. Mai 2022, 15:05 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E. 800

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 6

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die
Energieversorgung in Deutschland

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:****Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Abdi, Sanae Bergt, Bengt Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mehltretter, Andreas Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Scheer, Dr. Nina	Walter, Hannes
CDU/CSU	Friedrich (Hof), Dr. Hans-Peter Helfrich, Mark Jung, Andreas Lenz, Dr. Andreas Weiss, Maria-Lena	Gebhart, Dr. Thomas Geissler, Dr. Jonas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nestle, Dr. Ingrid	Wenzel, Stefan
FDP	Kruse, Michael Stockmeier, Konrad	
AfD	Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer	
DIE LINKE.	Ernst, Klaus Lenkert, Ralph	



Fraktionsmitarbeiter	
Fraktion	Name
SPD	Werner, Gabriele
CDU/CSU	Wißborn, Jan-Peter Schmidt, Falk Kuntz, Fabian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Weltzin, Michael Vuorimäki, Maarit
FDP	
DIE LINKE.	Kühne, Judith Christen, Christian

Bundesrat	
Land	Name
Brandenburg	Hildebrandt, Dr. Swen
Bremen	Blume, Cathrin
Mecklenburg-Vorpommern	Petersen, Kirsten
Niedersachsen	Abeling, Wiebke
Sachsen-Anhalt	Hannemann, Dr. Henrik

Ministerium bzw. Dienststelle	Name	Amtsbezeichnung
BMWK	Krischer, Oliver	PStS
BMWK	Duchscherer, Henrik	RI



Sachverständige

Öffentliche Anhörung am Montag, 9. Mai 2022,
15:00 bis 17:00 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Sitzungsaal E. 800

Anhörung zum Thema Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energieversorgung in Deutschland

Wissenschaft:

Prof. Dr. Tom Krebs
Universität Mannheim

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar

Prof. Dr. Karen Pittel
Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen

Prof. Dr. Jens Südekum
Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im
Wissenschaftlichen Beirat BMWK

Industrie:

Kerstin Andreae
Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der
Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)

Dr. Carsten Rolle
Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Dr. Sebastian Bolay
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)

Andreas Niedermaier
Vorstandsvorsitzender Alzchem Group AG



Dr. Johann Overath

Hauptgeschäftsführer Bundesverband Glasindustrie e.V.

Roderik Hömann

Wirtschaftsvereinigung Stahl, Leiter Energie und Klima

Gewerkschaft:

Frederik Moch

Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)

Bundesnetzagentur:

Klaus Müller

Präsident der Bundesnetzagentur

Regionale Wirtschaft:

Annekathrin Hoppe

Bürgermeisterin Schwedt



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energieversorgung in Deutschland

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herzlich willkommen zu der heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Wir befassen uns heute mit den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energieversorgung in Deutschland. Das ist eine Anhörung, der nicht unmittelbar ein Gesetzentwurf zugrunde liegt, sondern zu der wir uns im Ausschuss selbst entschlossen haben, um uns in dieser Frage sachkundig zu machen. Es geht dabei nicht um außenpolitische oder militärpolitische Betrachtungen, sondern um die ökonomischen Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Ein Weg ist klar, Ausbau erneuerbarer Energien, der war aber auch schon vorher klar, dass wir das machen müssen, bevor dieser Krieg in der Ukraine begonnen wurde. Aber jetzt haben wir natürlich Probleme, die so nicht vorhersehbar waren. Das ist eine Frage, auf die wir uns Antworten von Ihnen erhoffen: Was wäre, wenn Russland seine Energielieferungen, natürlich auch Gas, einstellt? Was würde das für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland bedeuten? Das hat Russland zwar bisher noch nie gemacht, aber das ist eben nicht mehr ausgeschlossen. Das gilt natürlich auch für die zweite Frage: Was sind die Folgen bereits durchgeführter Boykottmaßnahmen, Einfuhrstopps beispielsweise, die wir gegenüber Russland verhängen? Welche Folgen hätte das? Und über beide Punkte möchte sich der Ausschuss informieren. Deshalb sind die Sachverständigen hierzu eingeladen worden. Recht herzlichen Dank, dass Sie alle gekommen sind. Ich möchte Sie im Einzelnen nochmal begrüßen.

Ich begrüße Herrn Professor Dr. Tom Krebs von der Universität Mannheim. Dann Herrn Professor Dr. Ing. Hans Jürgen Kretschmar. Dann Frau Prof. Dr. Karin Pittel, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen und Prof. Dr. Jens Südekum vom Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, der uns per Video zugeschaltet ist.

Die Anhörung soll in Blöcken stattfinden. Die von

mir begrüßten Personen nehmen sozusagen für den Block der Wissenschaft teil. Dann haben wir einen zweiten Block. Das sind die Vertreterinnen und Vertreter der Industrie und deren Verbände. Als erste Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), Dr. Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Dr. Sebastian Bolay, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Andreas Niedermaier, Vorstandsvorsitzender Alzchem Group AG, Dr. Johann Overath, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Glasindustrie e.V. und Roderig Höhmann von der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Leiter Energie und Klima. Den dritten Block bilden die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften. Hinzu treten die Bundesnetzagentur und die regionale Wirtschaft. Von Seiten der Gewerkschaft ist Herr Frederik Moch, Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) vertreten. Von der Bundesnetzagentur Klaus Müller, deren Präsident. Und schließlich Annekathrin Hoppe, die Bürgermeisterin von Schwedt, deren Stadt ganz besonders von den gegenwärtigen Entwicklungen betroffen ist.

Ich begrüße genauso herzlich die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Klimaschutz und Energie, die anwesend sind. Ich begrüße auch den Parlamentarischen Staatssekretär Kollegen Kriecher, die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, der Medien und nicht zuletzt auch die Gäste, die uns heute hier zuhören. Auch diejenigen, die uns vielleicht morgen, wenn die Aufzeichnung im Parlamentsfernsehen läuft, zusehen und zuhören.

Nochmal zum Ablauf der heutigen Veranstaltung: Zu Beginn erhält jeder und jede unserer Sachverständigen die Gelegenheit für ein Eingangsstatement von jeweils drei Minuten. Anschließend folgen Fragerunden. Wir haben insgesamt zwei Stunden Zeit, sodass wir das in einer zeitlich sehr stringenten Form durchführen müssen. Die Fraktionen sind daher übereingekommen, dass wir pro Wortmeldung, die dann von den einzelnen Fraktionen kommen, eine maximale Zeit für Frage und Antwort von insgesamt vier Minuten in der ersten Runde und in den folgenden Runden drei Minuten stattfinden wird. Je kürzer die Frage, umso



mehr Zeit für die Antwort. Meine Bitte ist, dass die fragstellenden Kolleginnen und Kollegen jeweils sagen, an wen sich ihre Frage richtet? Ich werde die Person dann aufrufen, weil wir ein Wortprotokoll führen. Dies ist eine Erleichterung für die Protokollanten. Damit wären wir mit den Formalien am Ende. Ich hoffe, damit alle Unklarheiten beseitigt zu haben. Und wir kommen zu den Statements der Sachverständigen.

Der **Vorsitzende**: Ich darf als erstes bitten, aus dem Bereich der Wissenschaft, Herrn Prof. Dr. Tom Krebs.

SV Prof. Dr. Tom Krebs (Universität Mannheim): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich darauf, hier Stellung nehmen zu können. In meinen Kommentaren möchte ich mich beschränken auf die wirtschaftlichen Folgen eines sofortigen Stopps der Erdgaslieferungen aus Russland, wobei ich anmerken muss, die ökonomischen Folgen, die ich besprechen werde, sind jetzt unabhängig von der Frage, ob dieser Lieferstopp verursacht wurde durch die EU, durch eine Entscheidung der EU oder eine Entscheidung Russlands. Es gibt aktuell drei Studien, oder drei Studien sind in den letzten zwei Wochen veröffentlicht worden. Eine Studie der Bundesbank, eine Studie der fünf Wirtschaftsinstitute, die die Gemeinschaftsdiagnose erstellen und eine Studie, die ich gerade heute veröffentlicht habe. Ich glaube, die Ergebnisse dieser drei Studien zusammengekommen zeigen alle in eine gewisse Richtung. Wobei die Ergebnisse immer von gewissen Annahmen und Szenarien abhängen. Und die werde ich auch gleich noch einmal erwähnen. Das Bild ist allgemein etwas beunruhigend. Also das erste Ergebnis ist, dass bei einem sofortigen und abrupten Lieferstopp mit einem Wirtschaftseinbruch zu rechnen ist, der vergleichbar wäre mit dem Wirtschaftseinbruch, mit dem Verlust, Produktionsverlust während der Corona-Krise oder der Finanzmarktkrise in 2009. Das ist das, was ich das Basisszenario nennen würde. Das hängt natürlich von der Erdgasverfügbarkeit ab. Das ist aber schon ein optimistisches Szenario, wo man annimmt, wir können einen großen Teil der russischen Importe oder des russischen Gases ersetzen durch alternative Importe. Die Energiewirtschaft würde zu 30 Prozent ihren Erdgasverbrauch reduzieren, ohne Produktionsverluste. Und auch die Haushalte würden sehr stark sparen im Gebäudebereich. Das ist alles

schon mit drin, falls die Frage kommt. Das wäre das Basisszenario. Im ungünstigsten Fall, im ungünstigsten Fall könnte es sogar dazu kommen, dass wir eine Wirtschaftskrise erleben würden, die wir so in Westdeutschland, in Westdeutschland noch nicht gehabt haben seit dem zweiten Weltkrieg. Also ein Wirtschaftseinbruch, der größer wäre als die fünf Prozent BIP. Unabhängig von diesen wirtschaftlichen Folgen, das ist der ungünstigste Fall, das ist nicht mein wahrscheinlichstes Szenario. Und das hängt sehr stark davon ab, wie schnell wir Erdgas aus Russland ersetzen können. Das ist die große Frage. Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass die sozialen Folgen einer solchen Wirtschaftskrise oder eines solchen Wirtschaftseinbruches wahrscheinlich sehr gravierend und stärker wären als in der Finanzmarktkrise 2009 oder auch als 2020 in der Corona-Krise. Und der Grund ist, dass diese neue Wirtschaftskrise direkt die Industrie treffen würde. Und die Industrie ist in Deutschland das Rückgrat der Wirtschaft. Und die Industrie geht auch etwas geschwächt in diese neue Krise, würde in diese neue Krise geschwächt gehen nach zwei Jahren Corona. Es würden also einige gut bezahlte Jobs verloren gehen. Und es ist fraglich ob die wiederkommen.

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Krebs, ich muss Sie unterbrechen, wir haben ein relativ strenges Reglement, drei Minuten. Aber Sie haben sicherlich Gelegenheit, in der zweiten Runde noch einmal darauf zu antworten.

SV Prof. Dr. Tom Krebs (Universität Mannheim): Dann schließe ich, der zweite Punkt wäre die Inflation. Wir gehen mit sehr hohen Inflationsraten in diese neue Krise. Und natürlich dieser negative Angebotsschock würde die Inflation nochmal anheizen. Und Inflation ist auch immer ein soziales Problem. Das ist auch schon mein Schlusssatz.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, als nächstes bitte ich Herrn Prof. Dr. Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar.

SV Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar: Ein frisches „Glück auf!“ aus der Bergstadt Freiberg in diese Runde. Nach der deutschen Wiedervereinigung waren wir uns in der deutschen Erdgasindustrie schnell einig, mindestens vier Lieferquellen für Erdgas zu haben und keine über 30 Prozent Anteil hinausgehend. Eine der wichtigen Quellen



war die einheimische Erdgasförderung. Sie betrug damals 25 Prozent am deutschen Erdgasaufkommen, eine intensive Bohrtätigkeit war da. Wir hatten Vorräte von 400 Milliarden Kubikmeter und eine Jahresförderrate von 20 Milliarden Kubikmeter. Heute haben wir ein Prozent der Bohrtätigkeit von diesem, wir haben zehn Prozent der Vorräte noch und bei 25 Prozent liegt diese Rate, also heute fünf Milliarden. Das liegt natürlich einerseits auch an der natürlichen Erschöpfung in den konventionellen Erdgaslagerstätten. Aber es liegt auch andererseits an politischen Rahmenbedingungen, die man ändern kann. Es ist ja bekannt, dass es sogenannte nicht kommerzielle, nicht konventionelle Erdgasvorräte in Deutschland gibt. Hier braucht man nur auf die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe in Hannover zu verweisen, die in ihrer Studie Schiefergasvorräte, geologische, von 500 bis 2500 Milliarden Kubikmeter ausgebreitet haben. Nun, das sind geologische Vorräte. Wieviel davon gewinnbar ist, ist eine andere Frage, aber das ist noch nicht einmal erkundet. Hier ergibt sich ein großes Feld, das natürlich mit dem Reizthema, über das werden wir sicherlich noch sprechen, Fracking verbunden ist. Fracking ist sozusagen eine ganz normale Routine-technologie. Im Jahr 1948 das erste Mal in den USA, 500 Frack-Behandlungen in Deutschland seit 1970. Ich selbst habe als Absolvent der Bergakademie Freiberg in Thüringen 20 Frack-Behandlungen vor fünfzig Jahren begleitet und kontrolliert abgeschlossen. Es ist in unseren Kreisen unverständlich, warum dieses Thema zum Unwort geworden ist. Mit dieser Technologie lassen sich diese unkonventionellen Vorräte locker machen. Wir haben in unserem Impulspapier Handlungsvorschläge gemacht. Erstens eine sofortige Novellierung der gesetzlichen Notwendigkeiten. Zweitens eine deutliche Vereinfachung/Verkürzung der Genehmigungs- und Bauzeiten. So wie es wirklich herrlich anzusehen ist, wie es gegenwärtig bei der Errichtung der LNG-Terminal läuft. Drittens eine Zentralisierung der Genehmigung und stabile Förder- und Innovationsmöglichkeiten, Planungsmöglichkeiten für die Erdgasindustrie. Das ganze begleitet durch Aktivitäten zur Bevölkerungsakzeptanz, hier ist journalistisch sehr viel Unsinn in der Vergangenheit getrieben worden.

Der **Vorsitzende**: Ich muss Sie unterbrechen.

SV Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar: Das ist mein letztes Wort, zur Gewinnung von Arbeitskräften.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Als nächstes Frau Prof. Dr. Karen Pittel bitte.

SV Prof. Dr. Karen Pittel (Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen): Guten Tag. Ich freue mich auch sehr, hier zu sein. Danke für die Einladung. Ich bin von Hause aus eigentlich Energie- und Klimaökonomin, bin heute aber auch hier, um über die gesamtwirtschaftlichen Folgen von einem Erdöl-/Erdgasembargo zu sprechen. Und da wurde ja auch gerade gesagt, dass das ifo Institut zusammen mit anderen Wirtschaftsforschungsinstituten die Gemeinschaftsdiagnose vor kurzer Zeit rausgebracht hat. In dieser werden die Auswirkungen im mittleren Szenario auf die deutsche Volkswirtschaft abgeschätzt. Grundsätzlich ergibt sich danach für dieses Jahr noch ein leichtes Wachstum, selbst im Falle eines sofortigen Embargos, wobei für nächstes Jahr dann allerdings ein Einbruch unter null, also minus 2,2 Prozent vorausgesagt werden. Die Inflation läge bei einem sofortigen Embargo um ein bis zwei Prozent über der Inflation ohne Embargo, würde aber selbst im Falle eines Embargos gegen Ende des nächsten Jahres wieder auf das Niveau ohne Embargo absinken. Vielleicht kurz dazu, was diese Studie realistisch macht: Sie integriert Erst- und Zweitrundeneffekte, ohne dass dabei Substitution möglich ist. Sie sagt aber auch, dass dadurch, dass es erst in acht/neun Monaten tatsächlich entsprechend der Berechnungen zu Einschränkungen in der Gasversorgung der Industrie kommen wird, es möglich sein wird, auf weiteren Wertschöpfungsstufen einen gewissen Ausgleich durch Importe zu schaffen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass LNG-Importterminals noch nicht eingerechnet sind, die ja möglicherweise Anfang nächsten Jahres schon bereitstehen werden. Was man auch dazu sagen muss, ist, dass grundsätzlich noch sehr viel Unsicherheit besteht bezüglich der Erdgas- und Erdölpreise in der Zukunft. Da kenne ich noch keine wirklich vernünftigen Abschätzungen, das meiste sind tatsächlich nur Annahmen, die getroffen werden. Die rechnen mit zwischen 170 bis 900 Euro, also einer schon erheblichen Spanne. Aber vielleicht noch ganz kurz in meinem zweiten Teil, was sollten wir auch jetzt tun, um im Prinzip die Auswirkungen gering zu



halten. Da sollte eine gewisse Flexibilität in den Anpassungsreaktionen der Sektoren erhalten bleiben. Die Preise sollten soweit wie möglich die richtigen Anreize und Koordinationssignale senden. Gleichzeitig brauchen wir aber eben auch logistische Anstrengungen um zu vermeiden, dass es zu unkontrollierten Zusammenbrüchen zum Beispiel der Erdgasversorgung kommt. Ganz wichtig auch die Rolle des Staates in diesem Zusammenhang, nicht nur über Kurzarbeit oder KfW-Kredite, über die viel gesprochen wird, sondern auch über die richtige Anreizsetzung bei Haushalten und der zur Verfügungstellung von Informationen, um die Nutzung der Reduktionspotentiale zu fördern. Trotzdem wird es nach allen Szenarien, die wir bisher kennen, möglicherweise trotzdem zu Einschränkungen und auch Ausfällen der Versorgung in der Industrie kommen. Und hier werden, das sollte uns bewusst sein, schwierige Entscheidungen zu fällen sein. Auch hinsichtlich dessen, welche Industrien tatsächlich langfristig, auch in der Energie- und Klimapolitik, überleben werden und wo möglicherweise zusätzlich Stranded Assets geschaffen werden.

Der **Vorsitzende**: Danke, nun Herr Prof. Dr. Südekum, sie sind uns zugeschaltet. Bitteschön.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat BMWK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch von meiner Seite Hallo aus Düsseldorf. Bei vielem kann ich mich den Vorrednern Herrn Prof. Dr. Krebs und Frau Prof. Dr. Pittel anschließen. Es liegt jetzt eine Reihe von Studien vor, die in eine ähnliche Richtung zeigen. Ich sage jetzt einmal: Drei Prozent BIP-Verlust gegenüber einem Basis-szenario bis im schlimmsten Fall neun Prozent. Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Schätzungen natürlich konzeptionell das Problem haben, dass die Parameter, die dort eingespeist werden, natürlich aus Szenarien kommen, die nicht schockartig und disruptiv sind, sondern eigentlich in einem anderen Umfeld mit normalerer Marktsituation so gesehen, geschätzt wurden und konzeptionell die Unsicherheit besteht, ob eben in einem solchen disruptiven Szenario diese Parameter weiterhin Gültigkeit haben. Also, wir haben, was ich sagen will, es mit einem hohen Maß an Unsicherheit zu tun, weil es eben so ein Szenario, wie das beschriebene, in der Form noch nicht gab. Ich

schließ mich aber Herrn Prof. Dr. Krebs an, dass ich glaube, dass es eben tatsächlich erhebliche, bis hin zu wirklich schockartige Auswirkungen hätte, wenn es zu diesem disruptiven Stopp sofort käme. Ich möchte aber auch sagen, ich glaube, das ist eine gute Nachricht, dass das Szenario heute vielleicht schon nicht mehr so dramatisch gewesen wäre, wie Ende Februar 2022, wo ja zum ersten Mal über diese Lieferstopps beziehungsweise ein komplettes Embargo diskutiert wurde. Also, hätte man es sofort Ende Februar 2022 gemacht, ohne jegliche Vorbereitung, wäre der Grad an Disruption noch einmal erheblich stärker gewesen.

Heute ist es ja in den wenigen Wochen seit Beginn des Krieges gelungen, bei all den Energieträgern ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu erreichen. Bei Öl ist der Anteil von Russland von 35 auf nur noch 12 Prozent gesunken. Es hängt nur noch an Schwedt. Bei Kohle acht Prozent, bei Gas ist es schon ein bisschen schwieriger, die Substitution aber auch dort ist ja schon gelungen von 55 auf 35 Prozent zu reduzieren. Aber trotzdem glaube ich, ein sofortiges Embargo hätte weiterhin erhebliche Auswirkungen für die Energieversorgung und damit auch für die Volkswirtschaft. Ich möchte einen Aspekt bringen, der in der Diskussion aus meiner Sicht noch nicht hinreichend beachtet wurde. Es geht ja hier um eine letztendlich Kosten-Nutzen-Analyse. Wenn wir uns sicher sein könnten, dass eben ein solches Embargo tatsächlich kausal, wirklich den Kriegsverlauf stark beeinflussen und im Extremfall sogar stoppen könnte, dann wäre es ja eventuell zu rechtfertigen, um nicht zu sagen, wir nehmen es in Kauf, auch wenn wir mit Sicherheit davon ausgehen können, dass es einen Effekt in Russland erzielt. Aber diese zweite Seite der Diskussion, welchen Effekt hätte es denn überhaupt auf die russische Volkswirtschaft und auf die russische Kriegsmaschinerie, ist in keiner dieser Studien wirklich quantifiziert und beleuchtet worden. Insofern geht man hier sehr hohe Risiken ein, was die heimische Volkswirtschaft angeht, ohne sich sicher sein zu können, dass es tatsächlich den Kriegsverlauf kausal beeinflussen würde. Das ist die eine Bemerkung. Die zweite Bemerkung ist, dass wir natürlich immer mit der Gefahr leben, dass ein solcher Lieferstopp von Putin ausgesprochen wird. Die Wahrscheinlichkeit, wie hoch die tatsächlich ist, muss man sehen. Fakt ist, dass mittlerweile Gas für ihn die wichtigste Einnahmequelle geworden



ist im Vergleich zu Öl und er sich insofern seiner wichtigsten Einnahmequelle berauben würde im Falle eines Lieferstopps nach Deutschland. Trotzdem müssen wir uns darauf einstellen, deswegen ist das absolute Gebot der Stunde: Anpassung ohne physische Knappheit. Noch haben wir keine physische Knappheit, der Speicherstand wächst. Aber wir müssen aus meiner Sicht die Sommermonate nutzen, um diesen Speicherstand so gut wie möglich

Der **Vorsitzende**: Ich muss Sie leider auf die Redezeit hinweisen.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat BMWK): Vielen Dank. ...das heißt, das glaube ich, sozusagen wirtschaftspolitisch was momentan ansteht. Diese Anpassungsnotwendigkeit ohne Knappheit, über die wir ja dann wahrscheinlich auch gleich noch reden werden.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Es gilt für alle, ich bitte Sie, ein bisschen auf die Redezeit zu achten. Ist nicht sehr angenehm, Sie dann unterbrechen zu müssen. Als nächstes sind wir jetzt beim Block der Industrie. Kerstin Andreae bitte.

SV Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Vielen Dank auch von meiner Seite für diese Selbstbefassung, die wirklich sehr, sehr wichtig ist. Als die Debatte um das Gas-Embargo losging, hat der BDEW eine Substitutions- und Einspar-Kurzanalyse gemacht mit den uns zur Verfügung stehenden Daten. Und wir konnten damals sagen, dass wir kurzfristig in der Lage sind, 20 Prozent des Erdgases zu substituieren oder einzusparen. Das würde ungefähr 50 Prozent der russischen Importe bedeuten. Die sind jetzt geringer, deswegen passt die Zahl nicht mehr ganz, aber so über den Daumen kann man sagen, es gibt dieses Einspar- und Substitutionspotential. Allerdings ist das begrenzt, und Substitution heißt immer andere Energieträger, also Kohle statt Gas zum Beispiel. Dann haben wir uns angeschaut, was heißt es jetzt für die Versorgung. Sie wissen, dass inzwischen die erste Stufe des Notfallplans ausgerufen ist, die Frühwarnstufe. Und damit werden auch vorbereitende Maßnahmen für eine potentielle Gas-Mangellage angegangen, weil richtigerweise, ob ein

Gas-Lieferstopp von der EU ausgehend kommt, oder ob Russland den Gas-Export beendet, es heißt am Ende, dass wir das Gas verwalten müssen. Für diesen Fall gibt es in Deutschland ein System, entsprechend den europäischen Vorgaben von geschützten und nicht geschützten Kunden. Der geschützte wird zunächst mit Gas beliefert, zuerst sind das Haushalte und soziale Einrichtungen, und die nicht geschützten Kunden sind vornehmlich die aus der Industrie. Und unter dem Strich kommt heraus, dass wenn wir über den Sommer die Speicher füllen, und das ist ganz wichtig, ich sage gleich noch einmal, wo da der Hemmschuh und wo das Problem liegt. Wenn wir über den Sommer die Speicher füllen, dann schaffen wir die Wärmeversorgung im nächsten Winter. Denn das ist das ganz große Problem, wie bekommen wir die Wärmeversorgung im kommenden Winter hin. Wir kennen die Strategie der Bundesregierung: Elektrifizierung und Sanierung, das ist alles richtig, aber das wird kein Thema sein in den nächsten fünf Monaten. Also müssen die Speicher gefüllt werden. Unsere Kritik und unser sorgsames Auge auf diverse Studien ist die Frage, steht bei einer Gasmangellage das Speichergas über den Sommer der Industrie und der Wirtschaft zur Verfügung? Wenn man das macht, muss man wissen, dass sich das Problem im Herbst verschärft. Und das Problem heißt dann Industrie und Wärmeversorgung. Das heißt im Umkehrschluss, wir unterstützen die Strategie der Bundesregierung, die da heißt: Anreize zu schaffen, dass eingespart wird, über das, was wir heute schon machen können hinaus. Anreize zu schaffen, dass Preissignale wirken, dass die Nachfrage gedrosselt und dass auch geswitcht wird auf andere Energieträger und auch Anreize, dass Privathaushalte, Gewerbe und Handel einsparen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das ist relativ banal: Die Arbeitsstättenverordnung schreibt 21 Grad Raumtemperatur vor. Wenn wir jetzt sagen, wir wollen, dass die Raumtemperatur gedrosselt wird, dann muss an solche Instrumente herangegangen werden, damit auch wirklich eingespart werden kann. Einsparen heißt aber auch, dass dieses Gas dann in die Speicher muss für Herbst und Winter. Weil wir eben die Wärmeversorgung im Wesentlichen als ein Problem sehen. Zu Steinkohle und Öl sage ich nachher etwas.

Der **Vorsitzende**: Danke, nun Herr Dr. Rolle vom BDI bitte.



SV Dr. Carsten Rolle (Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)): Vielen Dank, Herr Vorsitzender Ernst. Auch von meiner Seite herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, hier für die Industrie zu sprechen. Vielleicht drei Vorbemerkungen bevor ich in die Einzelheiten komme. Ich will erstens nochmal sagen, dass ich sehr froh bin, dass von Seiten der Industrie wir von Beginn an alle Sanktionspakete, die verabredet worden sind, vollumfänglich nicht nur unterstützt haben, sondern viele Unternehmen sogar auch eigenverantwortlich darüber hinaus gegangen sind, sehr schnell, ihrerseits reagiert haben, versucht haben, Bezüge aus Russland, soeben es geht, zu reduzieren und Verantwortung übernommen haben in der Krise. Das wäre wichtig, noch einmal zu sagen. Zweiter Punkt: Wir haben ein gutes Miteinander auch mit der Bundesregierung, auch in der Abstimmung der Schritte in dieser Krise. Und auch das ist wichtig, wenn wir über ein Kohle-Embargo gesprochen haben, wenn wir in diesen Tagen über ein Öl-Embargo sprechen, ist es eben sehr entscheidend, wie sind die Details, was sind die Vorlaufzeiten, welche Zwischenschritte sind da. Und ich finde es auch gut, wie wir, die Bundesregierung, die Verbände und Unternehmen an der Stelle eng abstimmen, dass wir eben tatsächlich auch nur das zusagen, was geht. Was auch in Brüssel sozusagen, wenn die Verhandlung läuft, das habe ich bis jetzt auch so in dem Miteinander sehr positiv erlebt. Kommen wir zu dem dritten Punkt: Und das wäre jetzt vor allen Dingen nach vorne gerichtet, der, wie beurteilen wir das beim Gas? Und meine große Hoffnung und der Wunsch wären, von heute ausgehend, dass wir aus diesem hohen Haus ein starkes, gemeinsames Signal dafür haben, dass die Situation beim Gas deutlich schwieriger ist, als wir sie bei Kohle und Öl bislang diskutiert haben. Das ist ja auch gerade schon klar geworden. Wir haben wirklich große Sorgen. Gas ist der Energieträger Nummer eins der Industrie, dass ein Gasembargo in diesem Jahr massive Verwerfungen auslösen kann und auslösen wird. Prof. Dr. Südekum hat es auch angedeutet, ich glaube auch, dass das, was wir dazu heute modellieren können, nur sehr schwer machbar ist. Ich fühle mich stark erinnert an die Chip-Krise, wo wir gesehen haben, wenn ein einziges Bauteil ausfällt, was das für lange Lieferketten für eine Bedeutung hat. Bei einer Gas-Krise sprechen wir

nicht über ein Bauteil, dann sprechen wir über eine Multiplikation der Chipkrise. Denn ganz, ganz viele Bauketten, Lieferketten wären dann augenblicklich unterbrochen. Und wir wissen nicht, wie schnell von wo die wieder geheilt werden können. Also deswegen ist die Sorge sehr groß, wenn das sehr plötzlich geht. Das, was jetzt das Gebot der Stunde sein muss, ist Gas zu speichern, so schnell es geht. In der Industrie selbst sind die Potentiale mittlerweile relativ gering, zurück auf andere Energieträger wie Öl zu wechseln. Das schätzen wir so eher im einprozentigen Bereich ein. Das heißt, die großen Potentiale, größeren, einfacheren und schnelleren liegen in der Energiewirtschaft, im Kraftwerksbereich, Kohlekraftwerke insbesondere schnell wieder zurückzuführen zum Markt. Und jede Woche, die das später erfolgt, wird Gas in Gaskraftwerken verbrannt und fehlt in Speichern. Das ist sicher einer der Ansatzpunkte. Wir kommen vielleicht gleich noch auf andere Voraussetzungen, die es jetzt braucht, damit Gas in der Industrie und bei anderen eingespart werden kann. Dass keine Hemmnisse, Grenzwerte und anderes dem entgegenstehen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Bolay bitte.

SV Dr. Sebastian Bolay (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich will mal einen Schritt zurückgehen. Unser Wirtschaftsmodell hat ja in der Vergangenheit bis zum 23. Februar dieses Jahres darauf basiert, dass wir relativ günstig an Gas und andere Energierohstoffe und an sonstige Rohstoffe gekommen sind. Wir brauchen ja durchaus auch andere Rohstoffe als jetzt nur Energierohstoffe in diesem Land. Dass das immer funktioniert hat, dass uns Russland eben relativ günstiges Pipeline-Gas rübergeschickt hat. Und jetzt völlig unabhängig davon, ob wir in ein Embargo reinrennen, ob uns Herr Putin irgendwann den Gashahn zudreht, müssen wir uns natürlich damit befassen, dass dieses Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Wir werden, zum großen Teil zumindest, auf LNG-Gas umsteigen. Die Bundesregierung hat ja hier auch schon wesentliche Schritte unternommen. Das führt aber dann dazu, dass die Energiepreise, die Gaspreise und hinten dran auch die Strompreise, weil das ja zusammenhängt, natürlich höher sein werden als in der Vergangenheit.



Das heißt, unser Wirtschaftsmodell muss sich an der Stelle grundlegend ändern. Wir werden viel mehr über Innovation reden müssen, weil wir in Zukunft natürlich deutlich mehr für Energie ausgeben. Wir gehen davon aus, dass wir dieses Jahr, natürlich keiner von uns hat hier eine Glaskugel und weiß wie sich die Energiepreise entwickeln, aber wir gehen durchaus davon aus, dass wir dieses Jahr wahrscheinlich zwischen 100 und 150 Milliarden Euro mehr bezahlen für Energie in der Gesamtheit von Gas bis Strom als im Durchschnitt in der Vergangenheit. Das ist ungefähr, nur, dass man mal die Größenordnung ein bisschen einschätzen kann, das ist ungefähr das, was mehrere Studien ja immer gesagt haben, was wir jedes Jahr investieren müssen, um in Richtung Klimaneutralität zu kommen. Und das Geld fehlt natürlich massiv für Investitionen in Klimaneutralität, in die Kernprozesse. Und deswegen werden wir uns ganz neu auch über Innovationsagenden und ähnliches unterhalten müssen. Thema: „Wenn das Gas jetzt wegbleibt“, was passiert? Bisher war neben den günstigen Energie- und Rohstoffpreisen der zweite große Vorteil am Standort, dass wir uns bei der Versorgungssicherheit überhaupt keine Gedanken machen mussten. Wir waren ja gerade vorhin in der Anhörung zum Energiesicherungsgesetz, das ist von 1975. Seitdem gab es irgendwie keine größere Notwendigkeit, uns mit dem Thema auseinander zu setzen. Oder wir haben zumindest keine größere Notwendigkeit gesehen. Das ist jetzt natürlich nicht mehr so. Das heißt, dieser Wettbewerbsvorteil, selbst wenn das Gas weiter fließt, dieser Wettbewerbsvorteil, also dieses Unbehagen, das wird natürlich so lange bleiben, bis wir die Energieversorgung, das russische Pipeline-Gas durch andere Quellen ersetzt haben. Wenn es tatsächlich dazu kommt, dass das Gas wegbleibt, dann wird es dazu führen, dass wir Unternehmen abschalten müssen. Und die werden dann im Zweifelsfall nicht alle wieder anschalten, wenn das Gas dann wieder da ist. Das ist natürlich nicht möglich, das in irgendwelchen Studien zu simulieren, sodass wir davon ausgehen, dass die Wirtschaftskrise noch viel schlimmer sein kann. Keiner von uns weiß es. Keiner von uns hat natürlich Lust da rein zu rennen, aber wir wissen es einfach nicht was passiert. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Jetzt Herr Andreas Niedermaier von Alzchem Group.

SV Andreas Niedermaier (Vorstandsvorsitzender Alzchem Group AG): Grüß Gott, erlauben Sie, dass ich kurz unser Unternehmen vorstelle, dass sie wissen, über was wir sprechen. Wir sind ein mittelständiges Chemieunternehmen mit ungefähr 1.630 Mitarbeitern. Wir produzieren an den Standorten in Oberbayern zwischen München und Salzburg in den Landkreisen Altötting, Traunstein und Mühldorf. Und seit 2014 betreiben wir auch ein Produktionswerk in Schweden, genauer gesagt in Sundsvall. Und wir haben auch zwei Vertriebsgesellschaften in den USA und in China. Vermutlich hatten sie heute auch schon Kontakt mit uns, ohne dass sie es wirklich bemerkt haben, wir liefern zum Beispiel Vorprodukte für Corona-Tests. Wir sind der einzige europäische Rohstofflieferant für Arzneimittel wie Metformin, auch für die neueste Generation der Blutverdünner, der Sartane, sind wir der einzige europäische Rohstofflieferant und auch für andere Medikamente zum Beispiel. Wenn Sie heute mit dem Auto gefahren sind, dann waren wir vermutlich auch dabei und sind als Lebensretter mit eingebaut in Ihr Fahrzeug, weil wir diejenigen sind, der die Gaschemikalie liefert, damit der Airbag im Ernstfall aufgeht. Das sind nur einige, wenige unserer sehr interessanten Anwendungen. Wir haben noch viel, viel mehr, aber die Redezeit ist begrenzt. Wir sind ein sogenannter energieintensiver Betrieb und verbrauchen ca. 700 Gigawattstunden Strom. Und damit sind wir auch großer Kunde hier von dem Herrn Müller. Das entspricht in etwa dem Strombedarf von 160.000 Haushalten mit vier Personen oder dem Strombedarf von 640.000 Personen. Im Jahr 2021 erwirtschaften wir ca. 420 Millionen Umsatz und ein Ebit von 62 Millionen. Wir sind auch seit 2017 börsennotiert. Bisher haben wir uns sehr stark zum Standort Bayern bekannt und haben die letzten Jahre nahezu eine halbe Milliarde Euro investiert und auch repariert. Damit sind wir einer der wichtigen Arbeitgeber in der Region und stellen die südliche Spitze des Chemie-Dreiecks, dem ChemDelta Bavaria dar, was das drittgrößte Chemiecluster in Deutschland ist. Was sind die Effekte der Ukraine-Krise und der Energieknappheit? Stellen sie sich vor, Diesel

oder Benzin würde zwischen sieben und zehn Euro an der Tankstelle kosten. Das ist heute schon die Situation und die Realität, wie sich Strom für



die Industrie verteuert hat. Über die Logik der Merit-Order bestimmen die Gaskraftwerke als teuerste Kraftwerke unseren Strompreis in Deutschland. Und viele weitere Rohstoffe wie Kohle und andere erdgasabhängige Rohstoffe sind deutlich teurer geworden. Kohle hat sich oftmals verdreifacht. Und wir müssen dieses Jahr mit ca. 80-100 Millionen Euro Kostenerhöhung rechnen. Wir hatten letztes Jahr sage und schreibe 420 Millionen Umsatz, und wir rechnen mit Minimum 80-100 Millionen Kostensteigerung dieses Jahr; und da sind die Inflationskosten beziehungsweise die inflationären Personalkosten noch nicht eingerechnet. Wir überlegen die nächsten Investitionen aufgrund dieser politischen Situation, auch nach Amerika zu verlagern. Und wenn dieser Prozess angestoßen ist, das fällt mir als Bayer sehr schwer, dann ist dieser Prozess auch nicht mehr aufzuhalten. Bei einem Erdgas-Lieferstopp ist es sehr wahrscheinlich, dass zum Beispiel erdgasbasierte Standortchemikalien, wie zum Beispiel Ammoniak, Salzsäure oder Natronlauge fehlen. Und diese legen die gesamte Industrie still. Und ich sage immer: Versuchen Sie mal ein Auto zu starten, ohne dass eine Batterie drin ist. Es ist oftmals so, dass nur eine Kleinigkeit fehlt und dann funktionieren ganze Industrien nicht mehr. Danke.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank. Als nächstes nun Herr Dr. Overath vom Bundesverband der Glasindustrie.

SV Dr. Johann Overath (Hauptgeschäftsführer Bundesverband Glasindustrie e.V.): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu können. Vielleicht ein paar Eckdaten zur deutschen Glasindustrie. Die deutsche Glasindustrie erwirtschaftet zehn Milliarden Umsatz mit 54 000 Beschäftigten und ist damit in Europa die größte Glasindustrie mit einem Anteil von etwa zwanzig Prozent. Die Produkte, die die Glasindustrie liefert, sind unverzichtbar, wie wir finden, insbesondere für die Transformation, für die Digitalisierung. Bei Transformation denken sie immer an die ganzen Verglasungen, an die Fenster, aber auch für Windkraftanlagen, Fotovoltaik, Digitalisierung, Glasfaserkabel, aber auch für die Impffläschchen, für Impfpumpen für Covid-19-Impfstoffe ist auf jeden Fall Glas das Mittel der Wahl. Und natürlich auch für Getränke und Lebensmittelverpackungen ist das unbedingt wichtig für die Versorgung der Bevölkerung. Wir sind in der Glasindustrie enorm

von Erdgas abhängig, das ist unserer Energieträger Nummer 1. Etwa 75 Prozent unseres Endenergieeinsatzes ist Erdgas. Und man muss jetzt mal hier ganz genau wissen, wie eine Glaswanne funktioniert, wie Glas produziert wird. Eine Glaswanne läuft 24 Stunden am Tag, sieben Stunden die Woche, 365 Tage im Jahr über 15 bis 20 Jahre. Man kann eine Glaswanne halt nicht einfach runterfahren. Das ist ein sehr sensibler Prozess, man kann sie nicht so hoch und runterfahren, sondern es würde bei einem akuten Gaslieferstopp praktisch zu irreparablen Schäden an den Glaswannen führen. Das Glas friert ein, und sie können im Prinzip dann die Glaswanne dann nicht mehr verwenden. Das wären enorme Schäden. Und ich glaube, diese ganzen Schäden sind in die Berechnungen nicht mit eingeflossen, die man ökonomisch berechnen kann. Aber es geht ja nicht nur um die Schäden, die bei einer Glaswanne bis zu 50 Millionen liegen können, sondern es geht auch darum, dass wir dann nicht mehr produzieren können. Wenn wir nicht mehr produzieren können, heißt das, die Leute verlieren ihre Arbeitsplätze. Es sind 54.000 Arbeitsplätze, denn das können wir auch nicht mehr mit Kurzarbeit oder ähnlichem auffangen. Das muss man ganz klar sehen. Der Wiederaufbau von solchen Glaswannen würde mehrere Jahre dauern, das muss man wirklich im Hinterkopf haben. Man kann auch diese Produkte, die wir herstellen, auch nicht aus dem Ausland herbeischaffen, wie das manchmal gesagt wird. Sondern im Prinzip ist es so, dass wir zwei Drittel unseres gesamten Außenhandels innerhalb der EU haben. Und selbst da gibt es schon einen Glas-mangel. Es gibt eine Unterversorgung, und es ist deswegen eben auch nicht möglich, die woanders her zu bekommen. Deswegen wäre es für uns eine Katastrophe, wenn es zu einem Lieferstopp käme. Und was noch wichtig ist, wir können auch nicht einfach so 20 bis 30 Prozent runterfahren. Und dann sagt man immer: 20 Prozent weniger Gas, wie zum Beispiel in solchen Modellen ist 20 Prozent weniger Glasversorgung. Das ist halt nicht der Fall, sondern wir können die Wannen so nicht steuern. Das heißt wir sind auf eine hundertprozentige Erdgasversorgung angewiesen. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wir haben in Schwedt das große Thema, dass dort eine Raffinerie steht und dass dort die ganze Region offensichtlich



auch von dieser Fabrik lebt. Wir haben die Bürgermeisterin hier zugeschaltet, Frau Hoppe, wie wäre denn Ihre Stellungnahme zu diesem Thema?

SV Annekathrin Hoppe (Bürgermeisterin von Schwedt): Vielen Dank. Also die Region hier in Schwedt ist genauso abhängig. Ich fühlte mich sehr bestätigt durch die Ausführungen von Herrn Dr. Overath. Für Schwedt ist es so, dass auch viele Arbeitsplätze, nicht ganz so viele, aber 1 200 direkt betroffene und 1.200 nochmal im ersten Schritt indirekt betroffene Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen würden. Was an der Stelle schwerwiegend ist, dass die die Raffinerie in Schwedt, die Region Berlin und Brandenburg mindestens zu 95 Prozent versorgt. Wenn Sie also heute schon getankt haben oder vom BER abheben, dann fahren oder fliegen sie mit Sicherheit mit dem Kraftstoff aus Schwedt. Wir liefern nicht nur in den Großraum Berlin-Brandenburg, sondern wir liefern auch in das südliche Mecklenburg-Vorpommern und auch nach Polen hinein. Die Gesamtversorgung hängt also komplett an dem russischen Öl. Und bei einem Ölembargo gibt es wenige Alternativen. Es wird über eine Alternative via Rostock gesprochen. Allerdings macht diese ungefähr 50 vielleicht 60 Prozent der benötigten Rohölmenge aus. Und an der Stelle können wir die Versorgung der gesamten Region Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Polen nicht mehr sicherstellen. Es ist auch traditionell, wenn man sich das Pipeline-System in Deutschland anschaut, dann ist es so, dass es in der ehemaligen DDR zwei Raffinerien gab, die beide zu 100 Prozent an der Drushba-Pipeline hängen. Es gibt also nur vertikale Pipeline-Versorgungen, es gibt keine Pipelines von West nach Ost oder Ost nach West, die an der Stelle die Versorgung des nördlichen ostdeutschen Raumes übernehmen könnten. Insofern kann ich nur daran appellieren: Sollte wirklich der Ausstieg kommen, dass man ausreichend alternative Rohölmengen über die Häfen in Rostock, im besten Fall auch noch über Danzig, ermöglicht. Und damit auch die Arbeitsplätze, die für die Region notwendig sind, unbedingt sichert. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass wir uns natürlich auch auf den Weg machen müssen und das auch tun werden, um den Transformationsprozess hier am Standort zu beginnen. Seit zwei Jahren läuft ein Projekt, wir bereiten uns darauf vor, eventuell eFuels, eKerosin herzustellen am Standort und das dann auch in die Region zu

bringen. Man kann es beimischen, es gibt die entsprechenden Quoten. Aber nichts desto trotz hängt die Versorgung der Region im Nordosten Deutschlands an der Raffinerie hier in Schwedt. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Recht herzlichen Dank. Herr Hömann von der Stahlindustrie, auch Sie haben ja große Probleme mit Energie, als einer der sehr viel Energie verbraucht.

SV Roderig Hömann (Wirtschaftsvereinigung Stahl, Leiter Energie und Klima): Vielen Dank. Herr Vorsitzender und sehr geehrte Ausschussmitglieder. Genau, ich spreche jetzt nochmal für die Stahlindustrie, nachdem wir hier andere, wichtige Grundstoffbranchen schon gehört haben. Die Stahlindustrie in Deutschland, vielleicht nur vorne weg ist mit vierzig Millionen Tonnen Rohstahlproduktion der größte Stahlstandort in der Europäischen Union. Derzeit haben wir 87.000 Beschäftigte. Aber natürlich steht die Stahlindustrie am Beginn zahlreicher, auch wichtiger Industriebranchen, stahlverarbeitenden Branchen in Deutschland und zugleich, vielleicht der Hinweis auch noch, steht die Branche ja wegen des Ziels der Klimaneutralität auch unmittelbar an der Schwelle zu einer sehr tiefgreifenden Transformation hin zur Klimaneutralität mit Investitionen, die in neue CO₂-arme-Anlagen erfolgen müssen. Da spielt das Thema Erdgas übrigens auch eine große Rolle. Das Ziel, sich aus der Energieabhängigkeit bei Öl, Gas, Kohle von Russland zu befreien, das unterstützen wir als Branche. Der Ausstieg aus der russischen Kohle wird ja auch in der Stahlindustrie bereits umgesetzt. Aber was jetzt ein kurzfristiges Embargo oder ein Lieferstopp beim Erdgas betrifft, da warnen wir tatsächlich sehr davor, bevor zumindest keine gesicherten Alternativen gefunden wurden. Die Stahlindustrie verbraucht rund zwei Milliarden Kubikmeter Erdgas, das sind 2,3 Prozent des gesamten Erdgasverbrauchs in Deutschland und rund sechs Prozent des industriellen Bedarfs. Ohne Erdgas kann man weder Rohstahl herstellen noch den Stahl verarbeiten, was auch wichtig ist, um dann zum Endprodukt zu kommen. Erdgas wird in der Stahlindustrie im Wesentlichen zur Prozesswärmeerzeugung eingesetzt, Heißwinderzeugung am Hochofen, Unterfeuerung der Kokereien, Vorwärmen der Transportgefäße, aber, auch ganz



wichtig, in der Weiterverarbeitung in den Walzanlagen, wo 50 Prozent des Erdgases in Öfen verwendet wird. Kurzfristig ist Erdgas in all diesen Prozessen eigentlich kaum ersetzbar. Für eine generelle Umstellung auf Wasserstoff oder wo das möglich wäre, auch auf Induktion, stehen überhaupt die Brenntechnologien noch nicht zur Verfügung. Und der Wasserstoff ja auch nicht. Und man hätte erhebliche Umbauten, neue Genehmigungen, Netzanschlüsse wären erforderlich, das ist natürlich alles sehr, sehr zeitintensiv. Die Risiken der Produktionsabschaltungen wären sehr schwerwiegend aus unserer Sicht. Erst einmal besteht natürlich die Gefahr von Anlagenschäden, ähnlich wie beim Glas. Es braucht zumindest ausreichend lange Vorlaufzeiten, wenn man Anlagen abschalten will, dass sie nicht irreversibel Schaden nehmen. Beim Hochofen sind das fast mehrere Monate. Natürlich, wenn die Produktion reduziert werden muss aufgrund des Gasmangels, wird es zu Auswirkungen auf die Wertschöpfungsketten kommen. Das wirkt sich dann auf die Autoindustrie, den Maschinenbau oder die Bauindustrie aus. Drittens auch der Hinweis, Gasverfügbarkeit hat Bedeutung auch für die Resilienz, die in Deutschland angestrebt wird. Ohne Stahl lassen sich Stromnetze, Pipelines, LNG-Häfen und so weiter ja gar nicht realisieren. Letzter Punkt, wenn es wirklich zu einem längeren Lieferstopp kommt, wir reden ja hier von einem Zeitraum von zwei Jahren, dann drohen natürlich auch Umstrukturierungen am Ende der Lieferketten. Mit entsprechenden Konsequenzen dann, die zu dauerhaften Anlagenschließungen führen könnten und entsprechende Auswirkungen auf die Wertschöpfung in Deutschland.

Der **Vorsitzende**: Von alledem wären ja auch Gewerkschaften betroffen. Deshalb Herr Moch, wie ist die Position des DGB dazu.

SV Frederik Moch (Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)): Recht herzlichen Dank. Ich möchte eingehen am Anfang auf das Thema Energiepreise. Wir haben ja seit Anfang/Mitte letzten Jahres steigende Gas- und Strompreise. Und diese Steigerungen belasten, das haben wir vielfach auch schon gehört, Privathaushalte, aber auch gewerbliche und industrielle Verbraucher ganz massiv. In einer Phase, wo gerade im Bereich der Industrie in die

Transformation investiert werden muss und wo diese Energiepreise diesen Transformationsprozess natürlich behindern. Für Privathaushalte werden die Energiepreise zunehmend zu einer sozialen Frage. Wir haben die Entlastungspakete der Bundesregierung gesehen, wir haben die als DGB begrüßt. Wir sehen aber auch, sie reichen nicht aus. Stichwort: Energiepauschale für Rentnerinnen und Rentner beispielsweise. Für uns ist wichtig, dass, wenn die Preissteigerungen weitergehen, wir uns auch sehr genau mit diesen Preissteigerungen und den Auswirkungen auf die verschiedenen Verbrauchergruppen befassen. Und ich will unterstreichen, dass wir sowohl in der Breite als auch fokussiert weitere Entlastungen brauchen. Käme es zu einem Lieferstopp, dann müssen wir davon ausgehen, dass es auch zu Preisschocks kommt. Das ist hier vielfach auch schon angesprochen worden. Und diese Preisschocks und die Situation, dass das Gas nicht zur Verfügung steht, werden zu erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen führen. Ich möchte unterstreichen, dass insbesondere die Wirtschaftsstruktur, der DIHK hat von unserem Wirtschaftsmodell gesprochen, ich spreche mal von der Wirtschaftsstruktur, so wie wir sie haben, erheblich unter Druck gerät. Wir müssen davon ausgehen, dass die Industrie flächendeckend nicht produzieren kann und auch Elemente aus den Wertschöpfungsketten verloren gehen. Im Zweifel sogar unwiederbringlich, auch das ist schon angesprochen worden. Ich will das nochmal unterstreichen. Wir haben also Auswirkungen auf die Lieferketten in diesen Produktionsbereichen, in einem Transformationsprozess, der wichtig ist, den wir auch gestalten müssen. Und das hat natürlich auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Auswirkungen, wir reden überwiegend über die Bereiche, die das sofort und unmittelbar trifft, über tarifgebundene gute hochwertige mitbestimmte Arbeitsverhältnisse, die ja auch konstitutiv für unsere soziale Marktwirtschaft sind. Das möchte ich nochmal betonen. Diese dramatischen Folgen werden natürlich nicht in Deutschland halt machen; wir werden diese Auswirkungen in der gesamten EU spüren. Und das wird zu einer Destabilisierung beitragen, da braucht man sich, glaube ich, keinen Illusionen hergeben. Und diese Destabilisierung, die darf natürlich nicht stattfinden, weil sie auch im Zweifel unsere liberale Demokratie unter Druck setzt. Das ist, glaube ich, genau das, was möglicherweise das



Regime in Moskau da forcieren will. Zusammengefasst: Wir müssen bei den Entlastungen weiter machen, wir müssen gerechter finanzieren. Wir müssen den Transformationspfad aber auch fort-schreiben, weil wir auf dem Weg zur Klimaneutralität sind. Der Klimawandel muss bekämpft werden, deshalb müssen wir da auch ran. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank. Danke für die Eingangsstatements. Wir kommen jetzt, halt, Herr Müller, Entschuldigung, Herr Müller bitte, Sie sind ja hier sozusagen mit zentral in dieser Fragerunde.

SV **Klaus Müller** (Präsident der Bundesnetzagentur): Herr Vorsitzender, gar kein Problem, ich habe ja schon gelernt, dass ich ganz tolle Kunden habe, das war mir für die Bundesnetzagentur bisher ein neuer Begriff. Ja, vielen Dank für die Möglichkeit, es auch aus Sicht der Bundesnetzagentur, und wie ich jetzt so schön gelernt habe, auch aus der Perspektive des Bundeslastverteilers, kurz zu kommentieren. Ich möchte beginnen mit einem großen Dankeschön. Wir haben die letzten Wochen begonnen, einen extrem intensiven Diskurs mit einschlägigen Wirtschaftsverbänden, Industrieverbänden, Energieverbänden zu führen, den Gewerkschaften, aber auch der Zivilgesellschaft, um uns auf einer möglichst guten Informations- und Datengrundlage zu bewegen. Das ist nicht trivial, das geschieht für alle Seiten unter großem Stress. Dass das möglich war, hat uns sehr geholfen. Wir sind zu der Erkenntnis gelangt, dass nach allem, was wir über die extrem komplexen und volatilen Lieferketten gelernt haben und in Erfahrung bringen konnten, wir dringend davon abraten, dass Deutschland, mindestens zum jetzigen Zeitpunkt, und das betrifft auch morgen und übermorgen, auf Gas aus Russland verzichten könnte. Die Auswirkungen wären, unserer Meinung nach, so dramatisch, dass wir sie nicht abschätzen, nicht beziffern und vor allen Dingen nicht erleben wollen. Das führt für uns dazu, dass wir uns intensiv darauf vorbereiten, diese Gasmangellage in erster Linie zu vermeiden, bevor ich gleich noch etwas zur Vorbereitung auf selbige sagen möchte. Insbesondere haben wir uns auf das Gasspeichergesetz vorbereitet, Stand heute Morgen liegen wir bei 38 Prozent. Das ist besser als in den letzten Wochen, das ist auch besser als in manchen Vorjahren, aber es ist noch nicht gut genug. Vor allem

wissen wir nicht, wie die nächsten Wochen und Monate aussehen. Und wir haben natürlich eine Zielsetzung durch das Gesetz, was erheblich höher liegt, aus guten Gründen. Zweitens: Wir sind im intensiven Gespräch mit der Industrie, was sind denkbare Modelle und Mechanismen, die vor einer Gasnotlage, weitere Anreize setzen können, um Gas zu sparen und einzuspeichern. Und das betrifft natürlich auch private Haushalte; ich weiß, diese Diskussion ist politisch total vermint. Aber der alte Satz „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“ ist so aktuell wie je zuvor. Natürlich denken momentan alle über Sommerausflüge und ähnliches nach, und keiner möchte Stand heute über den Winter nachdenken, aber er wird kommen. Darauf gut vorbereitet zu sein, ist das Hauptmotiv der Bundesnetzagentur. Nichts desto trotz bereiten wir uns auch auf den Fall einer Gasnotlage vor, so die Bundesregierung diese ausruft. Das Einfachste ist die Reaktivierung von Krisenstäben 24/7, 65 Kollegen für die Gasnotlage, präventiv 65 Kollegen für eine Stromnotlage. Wir bauen dazu ein temporäres zweites Krisenzentrum auf, um notfalls auch eine multiple Krisensituation beherrschen zu können. Dazu gehört die Vorbereitung für die Sicherheitsplattform Gas. Das war gerade schon intensives Thema in der anderen Anhörung. Wir brauchen diese Informationen, wir haben sie, Stand heute, nicht. Mit großer Unterstützung des THE und des BMWK, aber auch in enger Rückkoppelung mit BDIW und BDI haben wir Daten definiert, die wir brauchen. Die erheben wir jetzt schon seit zwei Wochen. Aber wenn diese Plattform sicher und funktionsfähig sein muss, brauchen wir noch eine Weile bis sie funktionsfähig ist. Und ich hoffe, dass wir die Zeit so lange haben. Dann konzentrieren wir uns natürlich darauf, dass der Preis möglichst lange wirken kann, damit die Bundesnetzagentur nicht eintreten muss. Die sozialen Konsequenzen haben Sie gerade schon erwähnt. Ich bitte um Nachsicht, ich muss gleich zu einem ad hoc Termin ins BMWK aufbrechen, weil wir Treuhänderin von Gazprom Germania geworden sind, was uns die einen oder anderen Kopfschmerzen bereitet.

Der **Vorsitzende**: Wir kommen nun zur Fragerunde. Die erste Frage stellt die SPD. Frau Dr. Scheer. Wobei ich bitte, wenn Sie Fragen hätten, die Herrn Müller betreffen, angesichts der Aussage, dass er weg muss, dann vorher zu stellen.



Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Meine Fragen gehen sowohl an Herrn Prof. Dr. Südekum als auch Herrn Prof. Dr. Krebs. Und zwar möchte ich kurz einführend eingehen auf die Frage, ob man überhaupt nur ökonomisch die Embargos betrachten kann, hinsichtlich Wachstumsprognosen oder ob man nicht viel stärker die physikalische Verknappung in den Blick nehmen muss und deren Auswirkungen auch auf die Lieferkettensituation. Das ist hier schon angesprochen worden, aber auch ob das überhaupt mit der Schutzpflicht des Staates und der verbrieften Daseinsvorsorge, die der Staat ja zu erfüllen hat, überhaupt vereinbar ist. Also haben wir überhaupt die Möglichkeiten, bei physikalisch absehbarer Verknappung ein weiteres Embargo zu beschließen? Ist das mit der Schutzpflicht vereinbar? Und auch nochmal unter einem weiteren Aspekt, um auch diesen schnellstmöglichen Umstieg auf die erneuerbaren Energien, also die Abhängigkeit abzulösen, von fossilen, das auch noch hinzubekommen? An die beiden bitte.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Dr. Südekum, Sie als erster bitte.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat BMWK): Vielen Dank, vielen Dank für die Frage. Ich meine, zu dieser Frage kann man als Ökonom, der eben versucht, solche Situationen zu simulieren, nicht wirklich etwas sagen, weil, der Ansatz von solchen Simulationsrechnungen ist im Kern ausschließlich ökonomisch. Und es geht eben um die Frage von Substitutionspotential, das ist eigentlich der Kern der ganzen Diskussion. Und aus der marktwirtschaftlichen Sicht wurde eben in den verschiedenen Studien versucht, diese Substitutionspotentiale abzuschätzen. Ich hatte ja schon darauf hingewiesen, dass das enorm schwierig ist, weil das eben von der Natur der Sache her immer aus „normalen Zeiten“ kommen muss, diese Information. Also marginale Preisänderungen, wie hat sich das auf die Nachfrage ausgewirkt, wie stark konnte in der Vergangenheit substituiert werden? Dann ist es in gewisser Weise die Hoffnung, dass diese Parameter auch in einer disruptiven Situation weiterhin gelten. Aber das sind eben die hohen Unsicherheiten, die damit einhergehen. Man sollte auch sagen, dann gehe ich auf Ihre Frage ein, es ist eben immer nur ein Teil der Aspekte, die die Ökonomen in so einer

Diskussion beitragen können, also im strengeren und engeren Sinne die ökonomischen Auswirkungen. Aber natürlich ist die Frage, ob man jetzt ein Gasembargo beschließt oder nicht, ja viel, viel weitergehend als bloß eine enge ökonomische Frage. Es gilt, alle möglichen politischen Aspekte und sozialen Aspekte mit in die Diskussion einzubringen. Dazu können wir mit den Simulationsrechnungen wenig beitragen. Und die Schutzfunktion des Staates, die Sie angesprochen haben, ist eben eine davon. Also aus meiner Perspektive müssen die Ökonomen, das beitragen zur Diskussion, was sie beitragen können. Und das haben sie ja durch die verschiedenen Studien, die jetzt auf dem Tisch liegen ja auch getan.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Prof. Dr. Krebs bitte.

SV Prof. Dr. Tom Krebs (Universität Mannheim): Vielen Dank für die Frage. Sicherlich ein Punkt, der ganz wichtig ist, dass diese Fragen auch immer eine politische und moralische Dimension haben, das haben Sie jetzt nicht gemeint. Aber vorweg, das ist eine wichtige Frage, mit der sich unsere Analyse sowieso nicht beschäftigt hat, wenigstens meine nicht und zu der ich mich auch nicht äußere. Dann ist aber trotzdem noch wichtig, was wir simuliert haben. Oder wie wir verschiedene Situationen simuliert haben. Wir haben schon verschiedene Szenarien, deswegen habe ich ja auch von verschiedenen Szenarien gesprochen, analysiert hinsichtlich der Erdgasverfügbarkeit. Mein Basisszenario, was ich Basisszenario genannt habe, kann man sich so vorstellen: Das wäre das Szenario, in der die Bundesregierung ihre vielleicht ambitionierten Pläne erfüllt, aber es trotzdem eine Verknappung in der Industrie geben wird. Natürlich könnte man auch von einem günstigen, ich habe auch ein ungünstiges Szenario erwähnt, man kann auch von einem sehr günstigen Szenario ausgehen, in dem die Bundesregierung ihre ambitionierten Pläne übererfüllt in Bezug auf den Ersatz von russischen Erdgasimporten und auch in Bezug auf die Einsparpotentiale bei der Energiewirtschaft und bei den privaten Haushalten. Wobei private Haushalte geschützte Kunden bleiben, das habe ich immer angenommen. Natürlich ist es offensichtlich, wenn wir an der Frage etwas ändern wollen, was ich nicht empfehlen würde und die Industrie dann gar keinen Erdgaschock absolvieren muss. Dann gibt es auch wesentlich geringere ökonomische Folgen, aber das



ist dann eine andere Frage. Und die würde ich halt als Person sowieso nicht empfehlen. Und das ist außerhalb der ökonomischen Analyse.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächstes Herr Dr. Gebhart bitte.

Abg. **Dr. Thomas Gebhart** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich hätte eine Frage an Herrn Prof. Dr. Krebs: Wenn es zu dem Fall der Fälle käme, das russische Gas wird nicht mehr geliefert oder wir verzichten darauf, dann hätten wir zunächst einmal eine Lücke in der Gasversorgung. Die Regierung setzt ja darauf diese Mengen, die dann fehlen, zu ersetzen durch Flüssiggas. Und angenommen, es würde gelingen, die komplette Lücke zu schließen durch Flüssiggas, haben Sie dann für diesen Fall einmal ausgerechnet, was dann die ökonomischen Folgen wären. Weil wir hätten zumindest höhere Preise dann für das Gas. Und was würde das bedeuten für die Wettbewerbsfähigkeit und insgesamt, welche makro-ökonomischen Folgen hätte denn dieses Szenario? Und dann hätte ich noch eine kurze Frage an Frau Andreae: Sie haben ja davon gesprochen, dass es jetzt das Gebot der Stunde sei, dass wir mit Hochdruck versuchen, jetzt Gas einzusparen und einzuspeichern. Meine Frage an Sie wäre, was sagen Sie zu dem Vorschlag, der auch nicht neu ist, der schon vor einigen Wochen gemacht wurde, dass jetzt unverzüglich darauf verzichtet wird, Gas/Erdgas zu verstromen, zumindest in ungekoppelten Kraftwerken, um wenigstens diese Mengen zusätzlich zur Verfügung zu haben für andere Zwecke?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Prof. Dr. Krebs bitte.

SV **Prof. Dr. Tom Krebs** (Universität Mannheim): Vielen Dank. Da muss ich jetzt doch in die Methodik noch einmal reingehen, obwohl ich die kurz erwähnt habe. Also es gibt nachfrageseitige Effekte, das sind die Effekte, die Sie erwähnt haben, die einfach nur durch den Anstieg der Erdgaspreise hervorgerufen werden. Aber unter der Annahme, dass es keine Verknappung gibt. Diese nachfrageseitigen Effekte sind berücksichtigt, aber auch die angebotsseitigen Effekte. Und das sind übrigens die Effekte, die hier erwähnt worden sind. Wir haben in den Analysen wenigstens versucht zu berücksichtigen, dass Produktionsanlagen in der erdgasintensiven Industrie runtergefahren werden müssen. Und wir haben schon ver-

sucht zu berücksichtigen, dass Lieferketten unterbrochen werden. Aber da kommt eben die große Unsicherheit herein. Also das sind beide angebotsseitige und nachfrageseitige Effekte, wobei bei den angebotsseitigen Effekten, weil das eben neu für uns ist, gerade die große Modellunsicherheit reinkommt. Und deshalb gibt es diese große Bandbreite bis zur größten Wirtschaftskrise, die wir jemals gesehen haben. Oder eben günstigster Fall, es läuft vielleicht alles gut. Wobei der günstigste Fall nur eintreten kann, und das hat derzeit nicht so viel mit Modellunsicherheit zu tun, wenn wir die Erdgasverfügbarkeit, und das ist ihre erste Frage, wenn wir die Erdgasverfügbarkeit hochhalten können. Das heißt, wenn die Bundesregierung sehr viel und die Unternehmen sehr viel von dem russischen Erdgas ersetzen können und Einsparmaßnahmen jetzt schon greifen. Sowieso die Handlungsempfehlung ist, wir müssen jetzt beginnen mit all diesen Sachen, denn wir müssen uns vorbereiten. Das ist sowieso, wenn die Kosten dieser Krise groß sind, dann ist der Nutzen des heutigen Handelns natürlich auch groß, also das ist die Anweisung, die aber jetzt schon von anderer Seite aber auch schon gekommen ist.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Andreae bitte.

SV **Kerstin Andreae** (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Vielen Dank. Die gasbasierte Stromerzeugung ist ein ganz großes Thema. Wir müssen immer davon ausgehen, wir reden über die Situation einer Gas-mangellage. Es ist wenig Gas zur Verfügung, und dann muss ich schauen, wo geht das Gas als erstes hin. Und deswegen gibt es die Diskussion, die Gasverstromung an der Stelle zu stoppen. Klar ist allerdings auch, dass wir Strom brauchen und dass wir dann Alternativen brauchen. Das wäre in dem Falle dann die Kohle, die eingesetzt wird, eventuell auch das Öl. Da muss man dann im Einzelnen schauen. Was beachtet werden muss, ist, dass viele Gaskraftwerke heute schon Strom verkauft haben, das heißt, wir müssen auch an die Frage der Preissetzungen der „Forwards“ denken, was heißt es dann für die, wenn sie den Strom dann trotzdem produzieren müssen, verkauft haben zum Preis „X“ und die Beschaffungskosten für den dafür benötigten Rohstoff exorbitant steigen. Das ist ein Aspekt, der die Gaskraftwerke betrifft. Aber es ist die Diskussion um die Frage, wo



geht das Gas hin, die ist wichtig. Nicht zu vergessen, viele dieser Gaskraftwerke sind definitiv geschützte Kunden wie auch die Haushaltskunden, die Wärme aus der Gas-KWK beziehen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Badum von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte.

Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankeschön. Ich hätte eine längere Frage an Frau Andreae, eine kürzere an Herrn Dr. Bolay. Ich sage das schon mal zu Beginn. Der im Angriffskrieg in der Ukraine ist jetzt zwei Monate und 14 Tage alt. Es scheint uns allen elend lang, aber in politischen Sphären ist es ja doch ein sehr kurzer Zeitraum. Gleichzeitig ist in dieser Zeit enorm viel angestoßen worden von der Bundesregierung beim Thema Kartellbehörden, Mineralölkonzerne, bis hin zum Entlastungspaket über die Diversifizierung von Energiequellen, ein sehr breites Spektrum. Frau Andreae: Wie beurteilen Sie das Handeln der Bundesregierung in diesen verschiedenen Feldern? Ist da viel, ist da genug passiert aus Ihrer Sicht? Herr Dr. Bolay: Herr Moch hatte ja davon gesprochen, dass Energiepreise die Transformation behindern. Was man irgendwie auch nachvollziehen kann. Weniger Geld im Budget, andererseits hatte ich Sie jetzt so verstanden, dass Sie sagen, das kann durchaus ein Innovationstreiber sein für Unternehmen, sich bei höheren Energiepreisen eher mit der Umstellung zu beschäftigen, als bei niedrigeren. Hatte ich Sie da richtig verstanden?

Der **Vorsitzende**: Frau Andreae bitte.

SV **Kerstin Andreae** (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Vielen Dank. Also, wir haben die Bundesregierung sehr massiv dabei unterstützt, kein Gas-Embargo auszusprechen. Die wirtschaftlich verheerenden Folgen sind hier angesprochen worden. Wir unterstützen sie aber auch darin, dass man zwei Strategien verfolgt: Das eine ist, Abhängigkeiten zu reduzieren. Und das Andere ist, Alternativen aufzubauen. Die Strategie der Bundesregierung ist, sich kurz-, mittel- und langfristig die verschiedenen Energieträger anzuschauen. Jetzt versucht sie, bei der Steinkohle die Abhängigkeit auf „Null“ zu reduzieren, bei Gas runterzukommen, über LNG-Alternativen aufzubauen, langfristig natürlich, über die erneuerbaren Energien, das ist die richtige

Strategie. Wohl wissend, dass sie kurzfristig nicht wirken kann. Das sind mittel- oder langfristige Maßnahmen. Deswegen ist es auch richtig, dass die Regierung ein Instrumentenkasten aufgebaut hat, um finanzielle Risiken abzusichern. Da gibt es viele Baustellen, die noch nicht gelöst sind. Eine ist tatsächlich die gasbasierte Stromerzeugung, es ist die Kraft-Wärme-Kopplung, es ist die Wärmeversorgung. Aber in unserer Wahrnehmung ist es ein intensiver Austausch mit der Energiebranche, Industriebranche und der Wirtschaft, die versucht, die einzelnen Punkte sukzessive abzuarbeiten. Was wir in den nächsten Wochen weiter erleben werden - ich persönlich gehe von einem sehr langfristigen Gesetzgebungsprozess - aus, dass immer wieder nachjustiert werden muss. Das muss man sich klar machen, weil wir in einer Situation sind, dass alles, was wir bereits kennen, darauf ausgerichtet ist, temporär und regional begrenzt und die Lösungsbereitschaft in der Welt. Begrenzt ist. Diese Situation haben wir nicht mehr, die ist neu und deswegen ist so ein Notfallplan noch nicht ausgereift, das EnSiG ist von 1975. Und das muss alles neu justiert werden, aber die Bundesregierung versucht aus unserer Sicht zu machen, was sie kann.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Bolay bitte.

SV **Dr. Sebastian Bolay** (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)): Vielen Dank für die Frage, Frau Badum. Ich sage mal ja und nein. In der kurzen Frist haben Sie mich nicht richtig verstanden, weil durch die sehr hohen Strom und Gaspreise, so muss man es ja sagen, es dazu führt, dass viele Unternehmen Investitionen zurückstellen. Wir haben eine Umfrage abgeschlossen am 24. Februar 2022. Ich hätte sie natürlich ein bisschen später gehabt, aber gut, ist nun mal so. Damals war es schon so, dass 30 Prozent der Unternehmen gesagt haben, wir stellen Investitionen in den Klimaschutz zurück, also eigene PV-Anlage, Elektromobilität, was auch immer. Und 30 Prozent haben gesagt, wir müssen Investitionen in Kernprozesse auch zurückstellen. Da wird also ganz viel an Innovation sowohl Richtung Klimaschutz aber auch Richtung Kernprozesse eben nicht gemacht. Langfristig bewegen wir uns auf einem höheren Niveau, was die Energiepreise insgesamt angeht. Und das kann natürlich dann schon auch als Innovationstreiber wirken. Nur



müssen wir uns über das ganze Themenfeld Innovationen, glaube ich, noch ganz andere Gedanken machen, als wir das jetzt in der Vergangenheit getan haben.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Hilse von der AfD hat die nächste Frage bitte.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es ist ja so, dass wir mehrere Probleme haben. Also die Energiepolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass wir eben viel auf Gaskraftwerke gesetzt haben. Da würde ich mich Herrn Dr. Gebhart anschließen. Dass wir also versuchen, so schnell wie möglich, zumindest von der Stromproduktion per Gas, alles was natürlich Kraft-Wärme-Kopplung ist, was nicht geht, ausgenommen, aber ansonsten so schnell wie möglich, sage ich mal, von Gas-Strom-Produktion wegkommen. Es macht aber auch keinen Sinn, sage ich mal, aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen heraus zu gehen und dann quasi abhängig vom Wind und Wetter zu sein. In den letzten vierzehn Tagen hat die Windindustrie zu ganz wenigen Zeitpunkten mal 6,5 Gigawatt, also ein Zehntel dessen, was installiert wurde, geliefert. Im Moment ist der letzte Wert bei Agorameter um 14 Uhr, waren es 1,5 Gigawatt, von 65 verbauten. Also erstens müssen wir natürlich Gas sparen. Aber wir haben natürlich auch selber Gasvorkommen, und deswegen würde ich Herrn Prof. Dr. Kretzschmar bitten, dazu nochmal Ausführungen zu machen. Wieviel Gas, also aufgrund der Studie, die Sie erwähnt haben, zur Verfügung stünde. Und wie schnell könnte, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt würden, dort Gas produziert werden?

Der **Vorsitzende**: Prof. Dr. Kretzschmar bitte.

SV Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar:

Danke für die Frage. Ja, heben wir die eigenen Bodenschätze, wenn es knapp wird. Ich erwähnte ja eingangs, die Bundesanstalt hat 500 bis 2 500 Milliarden Kubikmeter Gas errechnet, geologische Vorräte. Wir müssen jetzt sofort beginnen, diese auch in gewinnbare Vorräte umzuwandeln. Das heißt, ungefähr ein halbes Jahr ist erforderlich, um diese Planung zu machen, politisch/wirtschaftlich. Dann wäre, nachdem der Weg klar ist, nochmal ein halbes Jahr erforderlich, um jetzt die Tätigkeiten anzuregen, das heißt Bohranlagen, technische Ausrüstung bereitzustellen, um nun an den

Rohstoff, sagen wir lieber Bodenschatzgas im eigenen Land heranzukommen. Also, wir brauchen ein Jahr, um dann zu entscheiden, ja, dieses Gas ist gewinnbar und kann jetzt im großen industriellen Prozess auch genutzt werden.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Da ich noch eine Minute habe, würde ich noch eine Anschlussfrage stellen?

Der **Vorsitzende**: Machen wir eigentlich nicht.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ich wusste nicht, dass er so schnell fertig ist.

Der **Vorsitzende**: Da kann ich aber auch nichts dafür. So, dann wäre der nächste dran, das wäre jetzt Herr Stockmeier von der FDP.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte eine Frage, nochmal an Sie Herr Prof. Dr. Südekum. Und mir ist bewusst, da ich selber studierter Volkswirt bin, dass das vielleicht wirklich sehr schwierig zu modellieren ist. Was mich nochmal interessieren würde, ist, wie sozusagen die Preissignale durch die verschiedenen Strom und Energiepreise im Markt tatsächlich wirken. Also im Grunde genommen, wie stark so eine Nachfrageelastizität ist und in welchem Ausmaß das quasi auch ausreicht, um durch die Reaktion der Nachfrage, das ein oder andere Schlimmere zu verhindern? Ich habe dabei im Hinterkopf, dass wir ja zum Beispiel beobachten konnten, dass die Fahrleistung der privaten Pkw-Halter, jetzt durchaus auch schon auf die hohen Spritpreise reagiert hat. Jetzt kann man natürlich sagen, das ist für die Betroffenen nicht im eigentlichen Sinne vergnügungssteuerverpflichtig. Aber es ist ja in einem gewissen Ausmaß auch machbar, das heißt, die Leute reagieren darauf. Also wie hoch ist nochmal ungefähr diese Preiselastizität der Nachfrage einzuschätzen? Und gehe ich richtig in der Annahme, na ja es wird da vielleicht Unterschiede zwischen Industrie und Privatverbrauchern geben, wie stellt sich das dar, inwieweit ist das überhaupt modellierbar? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Prof. Dr. Südekum bitte.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat BMWK): Vielen Dank. Nach meinem Überblick über die vorliegenden Studien ist bei den



allerersten Modellierungsversuchen ein Modellrahmen verwendet worden mit einem Parameter, der sich in unserer Sprache Substitutionselastizität nennt und wo man dann Werte aus der Literatur herangezogen hat, die im Prinzip aus anderen Kontexten heraus geschätzt wurden. Also marginale Preiserhöhung und dann beobachtete Nachfragesenkung. Da war der Wert, nach meiner Erinnerung, da lag der bei 0,3. Das war dann der Wert, wo das sogenannte Basisszenario der ersten Studie darauf basierte. Was dann auch relativ geringe Rückgänge des BIP am Ende vorhergesagt hat. Aber dann wurden eben auch in dieser Studie bereits Sensitivitätsanalysen durchgeführt und der Parameterwert wurde eben variiert. Wir haben gesagt, 0,3 ist vielleicht zu optimistisch. Was ist, wenn der tatsächliche, jetzt relevante Wert darunter liegt. Also sprich: Wenn Substitutionsmöglichkeiten de facto jetzt schlechter sind. Und je geringer dieser Wert im Prinzip ist, desto stärker sind dann letztendlich auch die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt, also die Rezession. Was jetzt in der ersten Studie noch nicht geleistet wurde, aber was in Folgestudien teilweise abgebildet wurde, war eben Heterogenität, nur das ist, glaube ich, was heute angesprochen wurde, dass also bestimmte Branchen am Ende vielleicht gar kein Substitutionspotenzial haben. Komplett ausfallen würden. Es muss also nicht für alle Branchen gelten, man kann sich hier und da anpassen, aber eine, ich nenne mal zum Beispiel die Glasindustrie, weil das heute sehr plastisch geschildert wurde, hat vielleicht überhaupt kein Substitutionspotential. Und wenn sie dann komplett ausfällt, dann haben wir die Kaskadeneffekte in andere Bereiche der Lieferkette, auch gegebenenfalls Nachfrageeffekte, wenn die Rezession sich verschlimmert. Das ist aber so ein bisschen, wo auch die Unsicherheit reinkommt, also wenn wir jetzt sagen würden: Wir haben überhaupt Null Substitutionspotenzial in der gesamten Volkswirtschaft, das wäre wahrscheinlich viel zu pessimistisch. Und wir sehen ja auch eben schon seit Ende Februar 2022, dass Substitution und Anpassung de facto schon stattgefunden hat. Sie haben einige Bereiche angesprochen. Der Kern des Problems für die Simulation und Quantifizierung ist eben, dass es diese Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen gibt und man eben nicht immer sagen kann, in welcher Branche hätte es tatsächlich

diese, ja diese final, ultimativ schlimmsten Auswirkungen, weil ja wirklich das Substitutionspotenzial bei null liegt und wie wirkt sich dann dieser Ausfall, zum Beispiel der Glasindustrie, dann in der Wertschöpfungskette auf andere Wertschöpfungsbereiche aus. Das ist in gewisser Weise das neue Terrain, was wir schlecht abschätzen können. Lässt sich, da solche disruptiven Szenarien eben nicht zur Verfügung standen. Man konnte bislang aus solchen Szenarien nicht lernen, und so gesehen ist man auf unvollständige Informationen angewiesen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende:** Herr Lenkert für die Fraktion DIE LINKE. bitte.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Situation für die Preisentwicklung ist verheerend, aber ich mache mir ganz große Sorgen, wenn die Gasmangellage wirklich eintreten sollte. Es ist schade, dass Herr Müller jetzt schon weg musste, denn es stellt sich die Frage, wie zum Beispiel die Ernährungsindustrie, die unter massiven Preisdruck steht und keine Rücklagen hat, sichergestellt sein soll, wenn kein Gas mehr da ist und sie das ersteigern sollte. Bei der Glasindustrie haben wir das Problem schon gehört, keine Ampullen, es geht nicht nur um den Impfstoff, den einen, es geht um Antibiotika, es geht um alle Flüssigmedikamente, die abgefüllt werden. Das heißt also, die Frage stellt sich, wie können wir sicherstellen, dass diese Versorgung dargestellt wird beziehungsweise diese lebenswichtigen Bereiche in einer Gasmangellage versorgt werden, ohne dass sie ersteigern müssen, weil sie gar nicht die finanziellen Ressourcen haben. Und wie können wir den Gasverbrauch signifikant verringern beziehungsweise welche Wege stehen da entgegen? Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Sebastian Bolay. Wie sieht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag Möglichkeiten zu erkennen, an welchen Bereichen uns die Lieferketten besonders treffen würden in der Gesellschaft? Die zweite Frage geht an Frau Andreae. Es gibt einige Bereiche, wo man sehr schnell mehr Strom verwenden könnte, ich denke an Fernwärmenetze, die im Prinzip Heizpatronen haben, wo aber die Strukturbetriebswirtschaft, die Struktur von Netzentgelten und anderer betriebswirtschaftlicher Parameter, dem betriebswirtschaftlich entgegensteht, so herum? Wo wir aber signifikant den Gaseinsatz reduzieren könnten, wenn wir gerade



Überschussstrom aus erneuerbaren Energien haben. Könnten Sie sich vorstellen an dieser Stelle, signifikante Einsparungen von Gas zu erreichen, um die Speicher schneller zu füllen? Und welche Gesetze müssen angegangen werden?

Der **Vorsitzende**: Danke. Als erstes Herr Dr. Bolay bitte.

SV Dr. Sebastian Bolay (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)): Vielen Dank. Das Thema Lieferketten ist natürlich wahnsinnig komplex. Es ist ja hier auch durchaus angeklungen, von den Kollegen. Wenn Sie Mehl kaufen wollen, dann ist das Mehl das Problem, das ist im Moment knapp in den Supermärkten. Das wird ja der eine oder andere hier auch schon bemerkt haben, dann ist nicht das Mehl das Problem. Das gibt es weiterhin, sondern das Papier, also die Papierverpackungen dafür. Letzten Endes wissen sie nicht, wenn Sie jemanden abschalten, ob der nicht irgendwo in der Lieferkette mit drinhängt und irgendein ganz wichtiges Teil produziert. Und sei es Dialyseschläuche am Ende, deswegen, das einfach zu erkennen, das ist so auf die Art und Weise nicht möglich. Was man machen kann und was ich vorhin auch schon angesprochen habe, ist, dass man nicht auktioniert, wer im Fall des Falles noch Gas bekommt, sondern wer bereit ist, abzuschalten zu einem Preis „X“. Das wäre aus unserer Sicht ein gangbarer Weg, um so lange wir uns noch im Markt bewegen und jetzt nicht in der absoluten Notlage, hier auch Potenziale zu heben, sodass wir vielleicht gar nicht erst in die Notlage reinrennen.

Der **Vorsitzende**: Danke. An Frau Andreae war noch eine Frage gerichtet, genau.

SV Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Also die Fernwärmekunden sind ja erst einmal geschützte Kunden. Das ist schon einmal sehr wichtig. Sie wissen, die Kraft-Wärme-Kopplung macht sowohl Wärme als auch Strom, und da ist natürlich viel gasbasiert. Und die Frage, was da substituiert werden kann, wird in weiten Teilen davon abhängen, wie der Gebäudebestand ist und wie die Wärmewende vorangehen kann. Das ist im Einzelnen nicht so einfach, aber es wird natürlich auch geschaut, was in den Häusern möglich ist, was kann substituiert werden, bis hin, dass wir in

der Prozesswärme bei manchem Gewerbe überlegen, ob alte Ölkessel wieder reaktiviert werden, damit im Fall des Falles, und wir reden noch immer über den Fall des Falles eines Gasembargos und einer akuten Gasmangellage, die Versorgung sichergestellt werden kann. Aber langfristig, an der Stelle tatsächlich hineinschauend, werden wir für die Wärmeversorgung auch die Kraft-Wärme-Kopplung brauchen. Und diese ist zum Stück weit gasbasiert. Das ist wichtig, aber es sind auch die Speicher, die gefüllt werden müssen für den Winter, damit wir die Wärmeversorgung hier gewährleisten können. Letzter Satz: Das Bundesförderprogramm „Effiziente Wärmenetze“ hängt im Moment in Brüssel zur Genehmigung. Das ist ganz wichtig, dass das realisiert wird. Ich weiß, dass das alle versuchen. Da hat man in Brüssel den Eindruck, da ist noch nicht ganz der Gong gehört worden. Es ist wichtig, dass alle Investoren die Möglichkeiten haben werden, von dieser Förderung zu profitieren.

Der **Vorsitzende**: Danke. Für die SPD Herr Gremmels, bitte.

Abg. Timon Gremmels (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Rolle. Was halten Sie von Vorschlägen neben der Frage einer akuten Gasmangelage, in der Frage nach Branchen oder nach Bundesländern zu differenzieren? Das heißt, gibt es Bundesländer, die weniger von einer Abschaltung betroffen sein sollen als andere. Vielleicht können Sie da ein paar Ausführungen zu machen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Rolle bitte.

SV Dr. Carsten Rolle (Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)): Ja, was sie ansprechen ist, dass das dann der Beginn eines möglichen Embargos ist, weil tatsächlich in den ersten Stunden der Druckabfall vermutlich dann eben entlang der Importgaspipelines kommt. Dann ist die Frage, wie schnell eskalieren wir dann auch die weiteren Schritte. Das ist das, was wir auch in dem Trilog bei der Bundesnetzagentur, BDIW und BDI in den letzten Wochen diskutiert haben. Eine ganz einfache Antwort auch, auch eine Simulationsrechnung, wie schnell wir sozusagen von dem regionalen zur bundesdeutschen Krise kommen, haben wir nicht. Das hängt von ziemlich vielen Parametern ab, wie ich gelernt habe. Von Außentemperatur bis zu vielen anderen Dingen. Aber



was ich verstärken kann, ist das, was auch Dr. Sebastian Bolay gerade gesagt hat, das kam auch in den Gesprächen immer heraus, hat sich immer stärker herausgearbeitet, eine sozusagen saubere Differenzierung und Priorisierung von Branchen und Unternehmen, in der Hoffnung, sehr klar sagen zu können, die Medizintechnik, die bleibt sozusagen versorgt. Die Spielzeugindustrie nicht, weil die vielleicht nicht ganz so wichtig ist. Das gelingt nicht, weil wir so komplexe Wertschöpfungsketten haben, und die meisten Unternehmen so viele Produkte gleichzeitig produzieren, die dann die Schrauben in so viele verschiedene weitere Ketten geben, dass wir das nicht trennscharf über Abfragen so differenzieren können. Das ist der Grund, warum wir auch über solche Marktinstrumente nachdenken, möglichst viel am Anfang über Auktionen an Flexibilität zu kaufen, rauszunehmen, um mindestens ein geregeltes Runterfahren der Anlagen sicherstellen zu können, damit die Anlagen nicht kaputt gehen. In der Glasindustrie ist das vielleicht noch einmal ein ganz besonderer Fall, wie wir gerade gehört haben, da ist es eben besonders schwierig. Aber in den meisten anderen Branchen ist es möglich, Anlagen geregelt herunterzufahren. Aber sie brauchen von Stunden bis zu mehreren Tagen dafür. Und das sicherzustellen, das wäre mal das Minimum, das zu versuchen, auch über die Abfragen bei der Netzentur und anderen zu ermöglichen, auch mit vielleicht neuen Instrumente und auch einer Stärkung von dem was da ist. „Short time balancing options, longterm options“, das sind Fragen, wo wir natürlich dann darauf kommen, wie flexible reagiert der Markt.

Abg. **Timon Gremmels** (SPD): Ich habe nach Bundesländern gefragt, eine Reihung nach der Abschaltung von Bundesländern.

SV **Dr. Carsten Rolle** (Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)): Nein, ich glaube nicht, dass wir sehr lange auf der Bundesländerebene bleiben. Das sagte ich, wir werden relativ schnell, in Stunden, wahrscheinlich auf den bundesdeutschen Fall kommen, weil die Menge schier so groß ist aus Russland, dass dann nicht gelingt.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Ich habe vergessen zu sagen, wir sind jetzt bei drei Minuten in

der Debatte. Aber Sie haben jetzt genau drei Minuten gehabt. Entschuldigung. Als nächstes Herr Dr. Lenz von der CDU/CSU.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an den Herrn Niedermaier von Alzchem und an den Herrn Dr. Overath von der Glasindustrie. Wir sind ja alle dankbar, dass es jetzt auch Studien gibt, Herr Prof. Dr. Krebs, die zeigen, dass es nicht so einfach ist, in Input und Output zu denken, sondern dass eben viel, viel mehr letztlich damit verbunden ist. Dass Ansteckungseffekte, dass Lieferkettenthematiken eben auch eine gravierende Rolle spielen, und da haben Sie ja einige Beispiele gebracht. Vielleicht könnten Sie noch einfach in die Frage stärker gehen, welche Produkte Sie letztlich produzieren und welche Auswirkungen auf die Lieferketten zu erwarten wären, wenn das nicht mehr möglich, oder wenn das eben nicht mehr stattfinden würde, erste Frage? Zweite Frage: Kurz noch auf den Wettbewerb eingehen EU-weit, aber auch international, Sie haben es kurz angedeutet? Letzte Frage: Würden Sie denn mehr erwarten, was die Energieeffizienz betrifft, was Einsparung gerade bei Privaten betrifft von Seiten der Bundesregierung in punkto Aufklärungskampagnen und dergleichen mehr?

Der **Vorsitzende**: Als erstes Herr Niedermaier bitte.

SV **Andreas Niedermaier** (Vorstandsvorsitzender Alzchem Group AG): Ja, vielleicht darf ich da mal auch kurz für das Chemiedreieck sprechen und nicht nur für uns selber. Was ganz interessant ist, dass die Solarsiliziumherstellung auch bei uns läuft in der Ecke. Und jedes zweite Silizium, was weltweit verwendet wird, jedes zweite Atom kommt bei uns aus dem Chemiedreieck, was in den Chips landet. Die Solarsiliziumindustrie ist komplett abhängig vom Gas. Und wenn man Gas abschalten würde, würde es eine ganz große Knappheit an Solarsilizium geben. Was ich auch noch zu bedenken geben möchte, ist das, wir sprechen hier von Substitution, dass wir zurückgehen können auf andere Energieträger. Da bitte ich aber auch zu bedenken, dass die Grenzwerte deutlich abgesenkt werden müssen. Wir haben Gas oftmals eingesetzt, damit wir in den Grenzwerten nach unten kommen. Wenn wir auf andere alternative alte Brennstoffe wieder gehen, brauchen wir



höhere Grenzwerte, ansonsten können wir die Anlagen so leider nicht betreiben. Was wir auch noch, ein wichtiger Punkt wäre zum Schluss, wir bräuchten unbedingt investitionsfreundlichere Baugenehmigungen. Wir sprechen jetzt über sehr kurzfristige Themen, aber wir sprechen überhaupt nicht über die Ersatzmaßnahmen und neue Windkraftwerke oder neue Solar- oder wie auch immer -kraftwerke. Wir bräuchten dringend belastbare, kurzfristige Baugrundstücke und Baugenehmigungen, dann würden wir auch sehr schnell Kraftwerke bauen. Wir haben so ein unfreundliches Investitionsklima in Deutschland für Energiekraftwerke, dass keiner Energiekraftwerke baut.

Der Vorsitzende: Tut mir Leid Herr Overath, zwölf Sekunden macht keinen Sinn mehr, aber Sie kriegen sicher noch eine Frage. Als nächstes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Badum, bitte.

Abg. Lisa Badum (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Herrmann wird das übernehmen, aus dem virtuellen Raum.

Der Vorsitzende: Herr Herrmann bitte.

Abg. Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben zwei Fragen. Zum einen an Herrn Moch die Frage: Eingebettet in die Feststellung, dass ja auch ganz regional abhängig ist, was zum Teil passiert, wie die Abhängigkeiten und die Empfindlichkeiten auf Energieboykottmaßnahmen von welcher Seite auch immer sind. In Bayern das Gaskraftwerk München wird eingestellt, weil man eine massive Abhängigkeit vom russischen Gasnetz hat. Und ähnlich ist es in Ostdeutschland selbstverständlich mit den beiden Raffinerien Schwedt, da ist ja die Bürgermeisterin da, und Leuna. Von mir die Frage deswegen an Herrn Moch: Wie schätzen Sie die Transformationserfolge, gerade im Vergleich zwischen Leuna und Schwedt ein? Beide Standorte, die uns sehr am Herzen liegen, müssen gerade auch aus Arbeitnehmersicht, aber auch natürlich aus den Gründen, die sie beschrieben haben, für die Verlässlichkeit, für die sozialverträgliche Bereitstellung von Energie für Ostdeutschland? Wie schätzen Sie dort das bisherige Geschehen ein, wobei ja doch bei Schwedt in massiver Abhängigkeit von Rosneft stehen, auch mit der Möglichkeit aus Polen Lieferungen zu bekommen, solange Rosneft noch Eigentümer ist. Das würde mich interessieren. Und eine ganz

kurze Frage, mit der Bitte um ganz kurze Antwort an Frau Andreae: Wie schätzen Sie gerade als diejenige, die auch für die Wasserwirtschaft zuständig ist, die Aussage von Prof. Dr. Kretzschmar ein, dazu ganz kurz mal, ob das frei realisierbar, umsetzbar wäre? Danke.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Moch, bitte.

SV Frederik Moch (Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)): Vielen Dank für die Frage. Also wir erleben natürlich, dass sich an beiden Standorten die Beschäftigten in einer, ja dramatischen Unsicherheit befinden und nicht wissen, wie es in den nächsten Tagen und Wochen weiter geht. Und es ist, glaube ich, gut, dass zum einem auch hier die Frau Bürgermeisterin aus Schwedt vor Ort ist und dass sich insgesamt die Bundesregierung dieses Themas angenommen hat. Weil, Sie haben Recht, an beiden Standorten sind die Raffineriebetriebe auch strukturwirksame Unternehmen und haben auf die Regionalwirtschaft große Auswirkungen. Ich kann Ihnen zu der Frage, welchen Standort es am Ende stärker trifft, keine präzise Antwort geben. Meines Erachtens wird natürlich an beiden Standorten versucht, alternative Belieferungsszenarien aufzubauen. Ob die dann zum Tragen kommen, das wird man aber auch erst in den nächsten Wochen sehen. Ich kann nur dafür werben, dass man sich dieser Frage annimmt, im Interesse der Beschäftigten und im Interesse wirklich auch der Unternehmen, die noch an den Standorten produzieren. Da gehört ja in einem Chemiepark sehr, sehr viel dazu.

Der Vorsitzende: Danke. Frau Andreae.

SV Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Wir halten die Diversifizierung im Bereich der Lieferländer und des Imports für LNG für gewinnbringender als Fracking in Deutschland. Der grundsätzliche Konflikt mit der Grundwasserproblematik hat sich auch trotz dieser Situation nicht geändert.

Der Vorsitzende: Herr Hilse AfD bitte.

Abg. Karsten Hilse (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Kretzschmar. Welchen Anteil an der gesamten



Erdgasversorgung Deutschlands können diese Erdgasvorkommen abdecken, also ganz konkret? Wenn Sie es an Zahlen festmachen können, wieviel Jahre könnten wir Deutschland mit Gas versorgen, wenn wir nur das russische Gas ersetzen würden dadurch? Und wenn dann noch Zeit ist, ist es ja so, dass ein großer Teil des Flüssiggases aus den Vereinigten Staaten kommen soll, da sind zwischen 80 und 100 Prozent Schiefergas. Sie haben ja sehr große Erfahrung mit der Schiefergasförderung, hatten Sie ja schon erwähnt. Da würde ich Sie bitten, ganz kurz das Erschließungsverfahren für Schiefer- und Kohleflözgas zu erläutern, und wie Sie aus Ihren Erfahrungen heraus auch die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt einschätzen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Kretzschmar, bitte.

SV Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar: Wir schätzen ein, dass wir innerhalb von drei Jahren, wenn die politischen Rahmenbedingungen geschaffen worden wären, dann auf das Niveau von 20 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr wieder kommen könnten. Das hieße also zirka 20 Prozent Eigenversorgung von jetzt fünf Prozent. Der Vergleich mit dem Fracking-Gas aus den USA ist, damit verlieren wir durch LNG-Lieferungen ungefähr 25 Prozent des Energieinhaltes vom Gas. Es muss verflüssigt werden, es muss wieder verdampft werden, es muss transportiert werden über das Meer. Dieser Energieverlust wird bei Nutzung von eigenem Erdgas vermieden, und das heißt auch 25 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre. Das ist die eine Seite. Die Erkundungs- und Erschließungsverfahren geotechnisch für Kohleflöze, für Gaslagerstätten, für Gasspeicher, sogar für Geothermie-Vorkommen sind eigentlich ähnlich. Wir haben zunächst die Suche geologisch-geophysikalisch, wir haben dann die Erkundung durch Bohrtätigkeit mit verschiedenen Tests unten in der Lagerstätte oder in der Gasschicht. Und wir haben dann die Gewinnungsphase. Da sehe ich prinzipiell keine großen Unterschiede. Und heute, wenn wir an unkonventionelle Gasvorkommen heran wollen, ist die Stimulationsmethode Fracking die einzige. Und die wird zig-tausend Mal pro Jahr in der Welt angewendet. Übrigens, wie Sie sagten, das US-Gas kommt zu 80 Prozent aus Fracking-Lagerstätten. Wir verlagern also unser Problem in die USA, dort wird gefrackt, damit wir hier anscheinend sauber sein können.

Der **Vorsitzende**: Danke. Als nächstes Herr Stockmaier für die FDP.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. Ich habe noch eine Frage aus einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung heraus. Ich richte sie an Frau Prof. Dr. Pittel. Was mich in den Simulationen nochmal interessieren würde, soweit man das simulieren kann, ist folgendes: Welche Auswirkungen hat es auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte, wenn ich jetzt berücksichtige, dass sozusagen in den Kostenkomponenten der Unternehmen, also die Preise für Energie allgemein steigen und dadurch ja unter Umständen nochmal ein verstärkter Kostendruck auf andere Komponenten in der Kostenstruktur ausgeübt wird. Es könnte ja sein, dass es dort dann auch zu preissenkenden Effekten führt, soweit es die wettbewerbliche Struktur der Märkte zulässt. Kann man so etwas simulieren, oder sind da sozusagen die Friktionen, keine Ahnung, die beispielsweise durch Vertragslaufzeiten bestehen, in anderen Teilen der Beschaffungsmärkte da zu stark? Wie sieht das aus? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Frau Prof. Dr. Pittel, bitte.

SV Prof. Dr. Karen Pittel (Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen): Vielen Dank für die Frage. Also grundsätzlich ist das natürlich schon möglich. Ökonomische Modelle erlauben, dass Preise im Modell bestimmt werden. Das gilt auch hinsichtlich von Gaspreisen und Erdölpreisen, die man entweder exogen reingeben kann oder die endogen im Modell bestimmt werden. Das gleiche auch hinsichtlich Elektrizitätspreisen und Preisen für andere Ressourcen, die damit davon abhängig werden, wie knapp Güter und Ressourcen auf den Märkten tatsächlich sind. Insofern kann man auch über ökonomischen Modelle Sanktionen beziehungsweise eben Knappheiten, beispielsweise auch für Mineralien, die aus Russland kommen, mit integrieren. Das ist nicht unbedingt immer gemacht worden, ist aber durchaus möglich.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Die nächste Frage möchte ich jetzt selber stellen, und zwar an die Frau Bürgermeisterin Hoppe. Frau Bürgermeisterin: Haben Sie denn den Eindruck, dass das, was bei Ihnen jetzt in der Diskussion ist, bevor Entscheidungen der Bundesregierung gefallen sind,



auch was Europa angeht, ausreichend berücksichtigt wurde? Erste Frage und zweitens: Sie sind ja da inzwischen Expertin, wie ich weiß, ist es den physikalisch überhaupt möglich von den Leitungen her, von den Möglichkeiten der Versorgung Ihrer Raffinerie auf Alternativen umzustellen, wenn russisches Öl nicht mehr da ist? Wir diskutieren überwiegend Gas, aber auch das ist ja eine Frage? Frau Hoppe bitte.

SV Annekathrin Hoppe (Bürgermeisterin Schwedt): Also, wir haben derzeit in der Vorbereitung die Bemühungen vom Herrn Dr. Habeck, der übrigens heute Abend nach Schwedt kommt und ich deswegen nicht persönlich bei Ihnen anwesend sein kann. Er bemüht sich halt auch noch um polnisches Rohöl, oder Rohöl über den Hafen in Danzig und über Polen nach Schwedt zu bekommen. Es ist wohl so, dass die Raffinerie sich umstellen kann auf anderes Rohöl. Derzeit ist sie aber speziell ausgerichtet auf das schwere russische Rohöl. Aus dem russischen Rohöl wird auch Bitumen produziert. Es gibt nicht so viele Bitumenproduzenten, gerade im ostdeutschen Raum nicht, sodass hier auf jeden Fall ein Defizit entstehend würde, wenn man ein anderes, leichteres Rohöl verarbeiten müsste. Man müsste auch die Anlagen, die in der Raffinerie sind, entsprechend anpassen. Ich habe nicht den Eindruck, dass entsprechend tiefgehende Voruntersuchungen bisher schon gemacht worden sind, denn ehe das Rohöl in Rostock beispielsweise am Hafen umzuschlagen ist, ist es so, es muss ja auf dem freien Markt verfügbar sein. Es müssen entsprechende Schiffe in Rostock anlegen können, in schöner Regelmäßigkeit alle drei bis vier Tage müsste ein entsprechender Tanker anlegen, um eine kontinuierliche Versorgung für den Standort Schwedt zu gewährleisten. Dann muss es auch noch passen. Das gleiche müsste übrigens auch über den Hafen in Danzig möglich sein, von Danzig aus, weiß ich, dass zumindest noch eine polnische Raffinerie und ja eben auch die Raffinerie in Leuna, also die zweite ostdeutsche Raffinerie auch mit versorgt werden muss. Das wird schon eine Herausforderung, eine technologische. Und der Transport der Produkte ist genauso logistisch vorzubereiten. Bisher läuft alles sehr gut, wir haben ja schon den Flughafen Tegel vorher versorgt. Und wir sind jetzt dabei, da der Flughafen BER günstiger liegt, kann man auch mit Kesselwagen, also mit Zügen, mit Ganzzügen dort das Kerosin hinbringen. Vorher in Tegel

musste man es noch einmal umschlagen. Und es mussten Lkw dann am Ende die letzte Meile bis nach Tegel fahren. Also, die Produktversorgung ist auch gut gelöst vom Standort Schwedt aus. Es ist also wirklich sehr, sehr aufwendig, sowohl die Rohölversorgung, als auch die Produktversorgung in den ostdeutschen Raum hinein vorzubereiten. Die vorhandenen Gleise, die es gibt, die sind alle dicht, man kann in der Nacht nicht mehr Züge aus dem PCK hinausfahren, und man kann auch schon gar keine hineinfahren, um irgendwo anderweitig das Rohöl hinzubringen. Man kann es nicht entladen so einfach, weil die Entladung eben auch bisher nur auf die Pipelineversorgung ausgerichtet ist. Es sind so viele Stellschrauben bei dieser ganzen Geschichte zu betrachten, dass ich große, große Sorgen habe, ob das alles innerhalb einer kurzen Zeit „umgeschwitcht“ werden kann.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank Frau Hoppe. Als nächstes kommen wir nun zu Herrn Bergt von der SPD.

Abg. Bengt Bergt (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Und vielen Dank auch für die eindrückliche Darstellung. Ich möchte meine Frage gern an Herrn Moch richten vom DGB. Sie hatten vorhin ja schon angesprochen, dass natürlich ein großes Transformationspotential da ist und auch in der Krise durchaus auch eine Chance liegt, gegebenenfalls auch andere Arbeitsplatzstrukturen zu stärken. Deswegen wäre meine Frage: Wie sieht es damit aus, wie hoch ist das Potential in Deutschland, die Arbeitsplätze, die im Zusammenhang mit dem konventionellen Energieträgern liegen, durch den Ausbau der erneuerbaren zu ersetzen? Wir sehen leider Gottes, trotzdem ja ein Abbau der Arbeitsplätze in der Windindustrie, die Solarindustrie ist bereits am Boden hier in Deutschland. Wie sehen Sie da die Investitionspotentiale oder gar Transformationspotentiale?

Der Vorsitzende: Herr Moch, bitte.

SV Frederik Moch (Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)): Herzlichen Dank für die Frage. Also ich glaube, wichtig ist erst einmal, das ist bisschen auch zu kurz gekommen in der Anhörung, dass wir natürlich einen sehr verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien braucht. Die Pläne, die auf



dem Tisch liegen, für eine massive Erhöhung der Ausbauphase in den nächsten Jahren sind richtig und sie sind notwendig, und sie werden sich natürlich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Wir hoffen, dass dadurch Planungssicherheit für die Unternehmen in dem Bereich auch zur Verfügung steht. Dort wieder mehr investiert werden kann. Rohstoffprobleme gibt es allerdings auch bei Unternehmen, die den Stahl zu Windrädern weiter verarbeiten. Also dieses Thema haben wir natürlich da auch. Trotzdem gehen wir natürlich davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt in dem Bereich stabilisiert. Das ist gut und das ist richtig. Nichtsdestotrotz brauchen wir natürlich auch dort, wo jetzt konventionelle Energiewirtschaft in großem Maße stattfindet, eine Transformation. Wir haben eben etwas gehört von der Ölförderung des Flughafens BER, auch wenn vielleicht in Zukunft etwas weniger geflogen wird, es wird weiter geflogen werden, und wir werden grünes Kerosin brauchen. Das heißt, wir brauchen auch die Verarbeitung für diese grünen Kraftstoffe der Zukunft. Deshalb ist es so wichtig, dass wir das Knowhow, was wir im Prinzip an diesen Standorten haben, auch nutzen, um es nach vorne zu entwickeln. Dafür brauchen wir gute Leute, die qualifiziert sind. Wir brauchen die Innovation und wir brauchen natürlich auch die Investitionsrahmenbedingungen, an denen es vielfach natürlich noch scheitert. Das heißt, wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie kriegen wir eigentlich in so einer Phase, wo die Investitionsbedingungen schwierig sind, auch in dem Bereich Planungssicherheit hin. Wie können Unternehmen investieren und wie kann dadurch dann am Ende des Tages auch dieser Transformationsprozess, der an Zugkraft gewinnen muss, zu Effekten und positiven Effekten am Arbeitsmarkt führen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Frau Weiss von der CDU/CSU bitte.

Abg. **Maria-Lena Weiss** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte eine Frage an Herrn Dr. Rolle. Vielleicht ergänzend auch an Dr. Overath. Welche Herausforderungen zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sehen Sie? Und wie sehen Sie das insbesondere auch in noreuropäisch, denn die Länder in der EU sind zwar unter einem Dach, aber dennoch haben sie sich relativ unterschiedlich auf die aktuelle Preisentwicklung eingestellt? Zweites Problem: Merit-

Order, das wurde von Dr. Overath bereits angesprochen. Wie bewerten Sie dieses Problem? Was würde es bedeuten, wenn Gaskraftwerke temporär aus diesem Merit-Order-System rausgenommen werden? Vielleicht könnten Sie da ein paar Sätze dazu sagen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Rolle bitte.

SV **Dr. Carsten Rolle** (Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)): Vielen Dank für die Frage. Sie treffen einen ganz wesentlichen Punkt. Der deutsche Industriestandort ist durch diese Krise in ganz besonderer Art und Weise herausgefordert, weil wir eben so stark abhängig sind, einmal vom Gas. Das ist der Energieträger Nummer eins, quer durch die ganze Industrie. Selbst wenn wir natürlich anstreben, an ganz vielen Stellen in dieser Transformation von Gas umzustellen auf Strom, auf Wasserstoff, auf grünen Wasserstoff, wird das einige Jahre brauchen. Und die wesentliche Frage ist, wie kommen wir durch dieses nächste Jahrzehnt, um dann tatsächlich umgestellt zu haben. Aber jenseits der ganz akuten Krise und der Versorgungssicherheitsthematik ist die Frage, wie können diese Preise, diese vermutlich dann ja dauerhaft höheren Gaspreise bezahlt werden, die vor allen auch durch die LNG-Importe dann provoziert werden, die bleiben werden. Das ist ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Nordamerika, da werden die Preise so bleiben. Gaspreise, wie sie sind und auch gegenüber der MENA-Region. Und zum Teil sind die Abhängigkeiten auch innerhalb Europas eben unterschiedlich. Ich habe da keine ganz einfache Antwort. Wir können sicherlich bei staatlichen Belastungen beim Strom relativ schnell etwas machen, das haben wir auch alles aufgeschrieben, Stromsteuer, Energiesteuer, Netzentgelte. Da gibt es nach wie vor einen dringenden Bedarf, staatliche Belastungen vom Preis zu nehmen. Im Gasbereich gibt es ausländische Nachbarn, die direkt in die Preisbildung eingegriffen haben. Das wäre aus unserer Sicht nicht der richtige Weg, sondern da müssen wir eher schauen, wie kann ich durch Förderungen und Entlastung von staatlichen Belastungen etwas tun. Das Preissignal selber ist wichtig für die Knappheit und darauf zu reagieren.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Overath.

SV **Dr. Johann Overath** (Hauptgeschäftsführer



Bundesverband Glasindustrie e.V.): Vielleicht noch zu ergänzen, ich kann es nur so unterstützen, was Herr Dr. Rolle eben gesagt hat. Es ist sehr wichtig, dass staatliche Belastungen bei uns auf den Strompreis und auf den Gaspreis, soweit es geht, reduziert werden, um auch innerhalb der EU die Wettbewerbsfähigkeit noch halbwegs aufrecht erhalten zu können. Sie wissen, dass gerade Frankreich im Bereich des Stromes die Industrie massiv unterstützt. Das ist uns, muss ich mal sagen, wirklich ein Dorn im Auge, weil viele Unternehmen in Deutschland das nicht haben. Was noch die Substitution anbetrifft, wollte ich sagen, wir selber von der Glasindustrie versuchen auch in Richtung erneuerbare Energien zu gehen, also perspektivisch mehr Strom und auch mehr Wasserstoff einzusetzen. Aber da sind wir noch am Anfang. Das wird bestimmt noch zehn Jahre dauern bis wir dort die richtigen Technologien haben. Hier wünschen wir uns auch eben halt stärkere Unterstützung. Zum Beispiel auch hier über CCFD (Carbon Contracts for Difference), die uns durchaus helfen könnten, dass wir hier mehr Unterstützung bekommen, um das weiter durchzuführen. Ich hoffe, ich habe die Sache mit dem Merit-Order-System dann auch beantworten können. Also wie gesagt, wettbewerbsfähige Strompreise sind natürlich enorm wichtig. Wir fordern immer wieder einen Industriestrompreis von den gesamten energieintensiven Industrien, damit wir wettbewerbsfähig bleiben. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Frau Badum von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Da der Standort Schwedt jetzt viel in der Diskussion war, ist es, glaube ich, ein wichtiges Signal, dass der Minister heute dort ist, dass er deutlich gesagt hat, dass dieser Standort auch erhalten werden soll. Wir haben Probleme bei den Mehrheitsverhältnissen, das wissen Sie alle, Stichwort „russischer Staat“. Aber wenn das geklärt ist, gibt es auch eine Zukunft für den Standort. Und es kann auch eine Zukunft der Transformation geben, dass wir von Öl in Richtung Wasserstoff gehen. Also, das sind alles Punkte, die das Wirtschaftsministerium ja schon andenkt und Frau Bürgermeisterin mit Ihnen ja auch bespricht. Insofern, denke ich, nehmen wir diese Bedenken und Komplexitäten auch absolut ernst. Aber um beim Thema Transformation zu bleiben, ich finde

es sehr wichtig, der Kollege hat es auch angesprochen, und Herr Dr. Bolay. Es ist ja nun so, dass diese Zurückhaltung der Unternehmen bei den Investitionen ja auch kam, bevor die Bundesregierung ein sehr großes Reformpaket angekündigt hat, unter anderem mit Klimaschutzverträgen, CCFD, mit Absenkung der EEG-Umlage, mit Ausbau und Entfesselung der erneuerbaren Energien. Das heißt, ich nehme einfach mal an, es ist eine rhetorische Frage, dass, wenn diese Instrumente dann auch wirklich implementiert sind, es der Industrie auch sicherlich leichter fällt, in diese Richtung zu gehen. Es war ja vor dem 24. Februar 2022 noch nicht gegeben. Jetzt zu meiner Frage, die ich gerne Frau Andreae stellen möchte. Sie hatten ja angesprochen, dass wir uns auch über Einsparungen unterhalten müssen, also von Energie. Also, dass es zum einen um das Einspeichern des Gases geht, aber auch darum, wirklich weniger zu verbrauchen. Wie, würden Sie sagen, ist dieser Diskurs fortgeschritten beim BDEW und welche Punkte sind da schon angeschnitten worden in den letzten Wochen? Oder was würde Sie sich auch mehr wünschen?

Der **Vorsitzende**: Frau Andreae bitte.

SV **Kerstin Andreae** (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)): Naja, für die Unternehmen des BDEW, also das sind erstmal Unternehmen die Strom und Gas und Wärme produzieren und verkaufen, ist es dennoch klar, dass das Thema Einsparungen absolut relevant ist, weil, das habe ich ja eingangs gesagt, wir brauchen das Gas in den Speichern für die Wärmeversorgung im Winter. Das heißt auch, alles was wir heute nicht verbrauchen, wenn wir ein vernünftiges Instrument haben, dass das dann auch in die Speicher geht, nutzt uns. Was wir uns wünschen von der Bundesregierung, eine ganz deutliche Kampagne zum Einsparen, wo Verbraucherschützer, Industrie, Gewerkschaften, Energieverbände, Energieunternehmen dabei sind, weil dieses Thema absolut forciert werden muss. Und zwar jetzt, weil alles was, wir jetzt machen können, nutzt uns in den nächsten Wochen, in den nächsten Monaten. Und deswegen wäre der dringende Wunsch, wenn man es schafft, das Thema Einsparung verbunden mit Einspeisung in die Speicher forciert voranzubringen, wenn Auktionsmodelle



vorangebracht werden, wenn natürlich auch Rettungsschirme für die, die dann unter finanziell massiven Belastungen sind, die soziale Komponente ist ja hier auch sehr deutlich benannt worden, ist wirklich extrem. Aber wir brauchen eine Kampagne der Bundesregierung, die von allen getragen ist und die diesen Push auch bringt, was das Thema Einsparungen angeht.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Hilse, bitte.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Wir haben ja gerade darüber gesprochen, dass ca. 80 Prozent des LNG, was aus den Vereinigten Staaten kommen würde, Schiefergas ist. Ja, dass deswegen die Diskussionen eigentlich relativ unehrlich ist, wenn wir Schiefergas aus den Vereinigten Staaten importieren, worauf die USA natürlich schon seit vielen Jahren hinarbeiten, aber selber bei uns kein Schiefergas fördern. Welche ganz konkreten Auswirkungen hat denn die Erdgasförderung, also Schiefergas vor allen Dingen in den USA? Und wie ist der dortige Standort mit dem Standort in Deutschland vergleichbar? Also, es wabern ja viele Videos durch das Netz, die sind teilweise zumindest schon als Fake entlarvt worden, aber welche Auswirkungen hat es denn wirklich auf die Umwelt und auf den Menschen?

Der **Vorsitzende**: Ich gehe richtig in der Annahme, dass Sie Herrn Kretzschmar fragen wollen?

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Entschuldigung, ja, habe ich vergessen zu erwähnen. Herr Kretzschmar natürlich.

Der **Vorsitzende**: Herr Kretzschmar, bitte.

SV **Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Kretzschmar**: Danke, wir sind jetzt im Dialog direkt. Ich möchte mich nicht über die Umweltstandards in den USA äußern, denn das ist sehr leicht vom deutschen Standpunkt aus zu sagen, sie sind nicht so stringent, nicht so gut wie unsere. Aber es ist festzustellen, dass die US-Bürger jetzt mit dieser Schiefergasförderung durchaus zufrieden sind, nachdem diese journalistische Kampagne, die über brennende Wasserhähne, giftige Chemiecocktails und so weiter, vor Jahren journalistisch gelaufen ist, vorüber ist. Also, die USA sind vom Importland für Gas zum Exportland geworden, haben einen Preis, der bei einem Drittel unseres Gaspreises liegt. Vor der ganzen Spekulation, also vor

zwei Monaten, dank dieser eigenen Gaserzeugung. Das ist schon beeindruckend, wie sie sich entwickelt haben, und das sollte eben auch für uns Anlass sein, nachzudenken: Können wir nicht eine ähnliche Entwicklung? Können wir im kleinen Maßstab, zumindest eben die Eigenversorgung etwas stärken und die 20 Prozent sind eben dann soviel wie drei LNG-Terminals, die ja in Deutschland in Zukunft geplant sind, an Eigenversorgung des Gases.

Der **Vorsitzende**: Okay, Herr Stockmeier bitte.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Ich hab noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Bolay. Und zwar jetzt in der mittleren bis langen Perspektive und nochmal im europäischen Kontext. Da steht der Standort Deutschland ja durchaus, und wenn man so will, dann auch bezüglich der erneuerbaren Energien in einem Standortwettbewerb mit anderen europäischen Ländern. Ich denke, es ist wichtig, da nochmal den Blick über Deutschland hinaus zu weiten. Mir fallen jetzt spontan einige Industriekonzerne ein, die mittlerweile auch so flexibel aufgestellt sind, dass sie hochwertige Produktionen auch aus Deutschland rausverlagern können, weil sie in anderen europäischen Ländern, notabene, auch an erneuerbaren Strom günstiger und einfacher rankommen, als bei uns. Mir ist bewusst, ich mache das jetzt sehr holzschnittartig auf. Aber unter dieser Perspektive, was würden Sie da nochmal empfehlen, wie ist da der Ausbau der erneuerbaren Energien bei uns aufs Gleis zu setzen, dass Deutschland auch in dieser Hinsicht ein interessanter Standort bleibt. Also beispielsweise auch einfacheres Direktvermarkten erneuerbarer Energien. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Bolay bitte.

SV **Dr. Sebastian Bolay** (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)): Ja, vielen Dank Herr Stockmeier für die Frage. Das reicht jetzt bisschen über das Thema heute hinaus und auf die nächste Anhörung dann am kommenden Montag. Aber ich sage gerne etwas dazu. Erstmal müssen wir festhalten, dass 50 Prozent der Unternehmen sich bereits eigene Klimaneutralitätsziele gesetzt haben, bis 2040. Diese Unternehmen sind natürlich zur Erreichung ihrer Klimaneutralitätsziele darauf angewiesen, dass sie grünen Strom bekommen. Sei es vom eigenen Dach oder vom eigenen Betriebsgelände, oder sei es eben über ihren



Stromversorger. Und dann reden wir über Power Purchase Agreements (PPA), also grünen Strom Direktlieferverträge. Wenn ich mir jetzt heute die Regelungen im EEG anschau, dann bekommen ja nur ungefördernte Anlagen Herkunftsnachweise, und gefördernte Anlagen bekommen keine Herkunftsnachweise. Wie Sie alle wissen, gehen wahrscheinlich 95 bis 98 Prozent aller erneuerbaren Energien Anlagen in die Förderung, und damit fallen sie aus als Lieferant von Herkunftsnachweisen. Das heißt, die Unternehmen müssen ja heute es sich vor allen mit norwegischen Wasserkraftszertifikaten begnügen, wenn sie sich denn „vergrünen“ wollen über ihren Strombedarf. Und dass das jetzt keine besonders sinnvolle Maßnahme ist, irgendwie den Norwegern noch ein paar Euro dafür zu bezahlen, dass man selber grün wird, ist, glaube ich, relativ naheliegend. Wenn ich mir anschau, was die Bundesregierung jetzt im Osterpaket vorgeschlagen hat, Richtung EEG, da sehe ich da nicht, dass wir irgendwie Richtung Ende der Förderung gehen, dann würden die Anlagen ja Herkunftsnachweise bekommen, oder eben dieses Doppelvermarktungsverbot reformieren, sodass diese Anlagen Herkunftsnachweise bekommen. Und das wird ein massives Wettbewerbsproblem für sehr viele Unternehmen werden, weil die einfach gar nicht an den ungefördernten deutschen Strom und damit dann die Herkunftsnachweise bekommen. In der Lieferkette wird ja immer stärker auch verlangt, dass die Produkte, wenn sie am Werkort ankommen, auch entsprechend grün und nachhaltig sind.

Der **Vorsitzende**: Herr Lenkert bitte von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung ist extrem wichtig. Wir haben gerade gehört, dass die Preise deutlich steigen, und meine Frage geht an Herrn Moch. Wie sehen Sie es, sind die Entlastungspakete ausreichend, damit also die soziale Sicherheit gewährleistet ist und die Arbeitskräfte auch ihre Arbeitsplätze erreichen können?

Der **Vorsitzende**: Herr Moch, bitte.

SV **Frederik Moch** (Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)): Vielen Dank für die Frage. Ich hatte ja

schon eingangs gesagt, dass wir schon sehen, dass die Energiepreisentwicklung zu einer neuen sozialen Frage wird. Energiearmut, sozusagen bisher eher ein Randphänomen bei dieser Preisentwicklung eben auch akut für breitere Schichten werden kann. Wir wissen, die Zahlen der Energiewirtschaft, in diesem Jahr eine Mehrbelastung für einen durchschnittlichen Haushalt bei Strom und Gas über den Daumen 1.000 Euro. Im nächsten Jahr, gleiches Szenario bei ansteigenden Preisen 2.500 Euro. Das heißt, wir gehen über einen durchschnittlichen Netto-Monatsverdienst mit der Mehrbelastung bei Strom und Gas hinaus. Das ist viel Geld. Und das lässt sich auch durch eine gute Lohnentwicklung, wir streiten ja als Gewerkschaften dafür, dass es anständige Tariflöhne gibt, das ist aber schwer über die Tarifpolitik zu kompensieren, das ist ganz klar. Deshalb war wichtig, dass es diese Entlastungspakete gibt. Und ich hatte es eingangs gesagt, sie gehen in die richtige Richtung. Aber es gibt eben gewisse Fehlstellen. Also Stichwort Energiepauschale, das ist ein gutes Instrument, gerade auch, weil es über das Einkommenssteuersystem nachher eine gewisse soziale Staffelung vornimmt und Menschen mit höherem Einkommen eben auch ein Stück weit das über die Einkommenssteuer wieder zurückgeben.

Kleine und mittlere Haushalte insbesondere entlastet werden. Die 300 Euro sind ein guter Anfang, aber sie werden wahrscheinlich bei der Preisentwicklung, die sich abzeichnet, eben nicht ausreichend sein, um wirklich diese prognostizierte Preisentwicklung sinnvoll abfedern zu können. Das, denke ich, muss man einfach im Jahresverlauf im Blick behalten. Die Frage von Rentnerinnen und Rentnern, die gar nicht adressiert sind, muss man auf jeden Fall auf die Tagesordnung holen. Und Stichwort Pendler, das ist ja noch angesprochen worden. Das macht uns natürlich auch Sorge, na klar, in der Großstadt kann ich das Auto stehen lassen und kann den öffentlichen Nahverkehr nehmen oder das Fahrrad, das ist sogar gesünder. Da, wo es den öffentlichen Nahverkehr nicht gibt und vielleicht auf absehbare Zeit nicht, wird man das Auto weiter nutzen müssen. Klar brauchen wir die Investitionen in den ÖPNV, sind wir auch dafür. Aber da ist schon die Frage, wie kann man dort, wo das Auto der Verkehrsträger ist, um zur Arbeit zu kommen, so auch die Preisbelastung in den Griff kriegen, dass das auch für Menschen mit normalem Einkommen zu managen



ist. Wir schlagen als DGB das sogenannte Mobilitäts-geld als Alternative zur Pendlerpauschale vor, mit dem unabhängig vom Einkommen und vom Verkehrsträger eine Entlastung stattfinden kann. Das wäre ein wichtiger Schritt zur weiteren Entlastung auch von Privathaushalten. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank Ihnen allen. Wir sind jetzt am Ende unserer Anhörung. Und ich denke, es war richtig, dass wir sie so durchgeführt haben. Ich möchte noch eine Schlussbemerkung machen. Ja, wir sind in schwierigen Zeiten, die ich jetzt nochmal aufgrund Ihrer Ausführungen als noch schwieriger ansehe als vorher. Wir haben einmal das Problem beim Gas, weil wir nicht wissen, was die Russen machen. Aber wenn wir selber Verursacher des Problems sind, durch Boykott-Maßnahmen, dann wird es natürlich auch schwierig. Also insofern kann ich nur allen Beteiligten noch einmal mitgeben, sich genau damit zu befassen, welche Auswirkungen das hat. Einesteils für die einzelnen Regionen, beim Glas, beim Stahl, allerdings darüber hinaus. Und selbst beim Öl auf einzelne Regionen. Da sind wir nicht in einer komfortablen Situation. Ich hoffe, dass wir es schnell hinkrie-

gen, den Ausbau der erneuerbaren Energien, möglichst rasch. Aber ich glaube, das wird durch Ad-hoc-Maßnahmen, die wir durch andere Seite, auf anderer Seite erleben, nicht einfacher, sondern eher vielleicht komplizierter, weil vielleicht die Voraussetzungen fehlen, dass wir es machen können. Wenn zum Beispiel bei den Zulieferketten, Herr Niedermaier hat darauf hingewiesen, vielleicht etwas fehlt, was wir dazu brauchen. Also, ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen für Ihre Ausführungen. Eine Bemerkung noch an Herrn Prof. Dr. Krebs, zumal wir nicht immer wissen, was wirklich nutzt, was wir machen. Ob das Russland wirklich so schadet, dass es von Erfolg gekrönt ist, wenn wir boykottieren. Auch diese Frage ist zu berücksichtigen. Und ich hoffe, dass alle Beteiligten das auch nochmal ausreichend diskutieren, bevor sie Entscheidungen treffen. Ich möchte mich bedanken bei Ihnen für Ihre Ausführungen. Kommen Sie gut nach Hause. Und ich hoffe, dass wir alle Miteinander eine Zeit erleben, in der wir tatsächlich die Probleme noch bewältigen können, die da vor uns stehen. Recht herzlichen Dank und auf Wiedersehen.

Schluss der Sitzung: 17:00 Uhr
Lie/Jae